3/2012

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Zusammenleben in Solidarität
Herbert Ludl

Mehr Mut für Europa
Hannes Swoboda

Genderdimensionen der neuen EU-Economic Governance
Elisabeth Klatzer und Christa Schlager

Substanzverlust der Demokratie
Thomas Nowotny

DEATH MATTERS

tropenmuseum amsterdam

PLUS AKZENTe.

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr.3

EDITORIAL

Während Europas Staats- und Regierungschefs, zufrieden über die neu gefundene »Budgetdisziplin«, den Europäischen Fiskalpakt unterzeichnet haben und nun von den nationalen Parlamenten ratifizieren lassen, hat der Chef der Europäischen Zentralbank in dankenswerter Offenheit erklärt, was er sich vom neuen wirtschaftspolitischen Kurs in Europa erwarte: Das »europäische Sozialmodell« – womit er offenbar den Wohlfahrtsstaat an sich meint – habe ausgedient und müsse zur Überwindung der Krise beseitigt werden.

Er stellt damit unter Beweis, was linke KritikerInnen beim neuen Austeritätskurs in Europa seit Monaten und Jahren befürchten: Dass die unerträglichen Sparvorgaben für die Länder des Südens und die neu popularisierte Sparideologie den Boden für eine anti-sozialstaatliche Offensive in ganz Europa aufbereitet. Wie das sprichwörtliche kleine, gallische Dorf erscheint in diesem Zusammenhang die französische Parti Socialiste und das Versprechen ihres an sich dem gemäßigten Parteiflügel zuzurechnenden Präsidentschaftskandidaten, François Hollande: Unter seiner Pärsidentschaft werde der Fiskalpakt neu verhandelt, weil er in seiner jetzigen Form Wachstum und Beschäftigung gefährde. Die heftige Reaktion der europäischen Polit-Elite, insbesondere die Weigerung von Angela Merkel, entgegen allen deutsch-französischen Gepflogenheiten, den aussichtsreichen sozialistischen Kandidaten zu empfangen, sagt viel über die neu gefundene Selbstverständlichkeit neoliberaler »Wahrheiten« in der EU aus.

Wir haben uns in dieser Ausgabe daher bewusst des Themas Europa angenommen.

Der neugewählte Fraktionschef der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament, **Hannes Swoboda**, skizziert seine **Einschätzung der politischen Lage in Europa** und welche **Perspektiven** für einen **Kurswechsel** bestehen.

Elisabeth Klatzer und **Christa Schlager** wiederum setzen sich in ihrem Beitrag mit der neuen **Economic Governance** der Union und ihrer Bedeutung für die **Geschlechterverhältnisse** auseinander.

Thomas Nowotny, stellt, wenn auch überwiegend bezogen auf Österreich, Grundüberlegungen **zu demokratiepolitischen Grundsatzfragen** an, die auch europaweite Relevanz besitzen.

Heinz Kienzl bezieht sich in seinem Text kritisch auf zwei Beiträge von Beat Weber und Michael Amon in ZUKUNFT 11/2011.

Armin Puller setzt sich in seiner **Rezension** intensiv mit dem jüngsten Buch des Polit-Bestseller-Autoren **Colin Crouch** und dem **»befremdlichen Überleben des Neoliberalismus«** in der Krise auseinander.

Nach den **Büchertipps** befasst sich schließlich **Helene Schuberth** mit der nur kurz währenden Renaissance keynesianischer Wirtschaftspolitik und **wachsender Rezessionsgefahr** in Europa.

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahresprogramm 2012

Heft 1
Sparen, sparen, sparen
Alle reden über Staatsschulden, und Sparen im öffentlichen Sektor wird zum obersten Gebot erklärt. Wohin führt Kürzungspolitik und Entdemokratisierung, und wie lang kann das fortgesetzt werden?

Heft 2
Neoliberalismus: Endgame oder nächste Etappe?
Geht der Neoliberalismus gestärkt aus der Krise hervor? In welcher Weise verändert er sich und welche postneoliberalen Tendenzen sind auszumachen?

Heft 3
Die gespaltene Gesellschaft: Der Fall Österreich
Aktuelle Debatten um die Krise und die Erosion des Wohlfahrtsstaates, die Abstiegsängste der »Mitte«, um Migration/Integration, um Prekarisierung und Perspektivlosigkeit vor allem Jugendlicher, zeichnen in westeuropäischen Ländern das Bild einer gespaltenen Gesellschaft.
Woher kommt die diesbezügliche Untergangsstimmung, ist sie berechtigt und wie kann der »gespaltenen Gesellschaft« entgegen gearbeitet werden?

Heft 4
Alter: Das neue alte Risiko?
Pensionsversicherung ist mehr als nur eine Finanzierungsfrage:
Hier manifestiert sich die Richtung(sänderung) der zukünftigen Sozialpolitik.
Was bedeuten die Verluste der privaten Pensionsfonds in der jüngsten Krise, die Zukunft der Arbeit und die wachsende Verteilungsungleichheit für die Alterssicherung?

Kurswechsel-Jahresabonnement € 29,– / Ermäßigtes StudentInnenabo € 18,–
Förderabonnement € 58,– / Einzelheft € 10,50
Bestellungen an sonderzahl-verlag@chello.at

www.sonderzahl.at

SKULL, KEVERSCHILDJES, KUNSTSTOF, VOGEL. 2010. JAN FABRE (1958)
© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Inhalt

6 **Zusammenleben in Solidarität**
VON HERBERT LUDL

Schwerpunkt
Wie weiter in Europa?

10 **Mehr Mut für Europa**
VON HANNES SWOBODA

16 **Genderdimensionen der neuen EU-Economic Governance**
VON ELISABETH KLATZER UND CHRISTA SCHLAGER

24 **Substanzverlust der Demokratie**
VON THOMAS NOWOTNY

34 **Zwei auf einen Streich**
VON HEINZ KIENZL

40 **Untoter Neoliberalismus**
VON ARMIN PULLER

48 **Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

50 **Fiskalpolitik und Bilanzrezession**
SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18 , Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, office@editionrot.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.in Barbara Rosenberg, Mag. Artur Streimelweger, Mag.ª Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** Skull, Keverschildjes, kunststof, vogel. 2010. Jan Fabre (1958), © Tropenmuseum, Amsterdam

Zusammenleben in Solidarität

Herbert Ludl beschreibt, quasi als Nachtrag zum Schwerpunkt der ZUKUNFT 02/2012, in seinem Beitrag die internationale Idee der Genossenschaftsidee und ihre Bedeutung in der Wohnungspolitik.

Über 800 Millionen Menschen – also grob jeder zehnte Weltbürger – sind Mitglied und Anteilseigner einer Genossenschaft. Einer Schätzung der Vereinten Nationen zufolge sichern und verbessern »genossenschaftliche Unternehmen« nachhaltig und auf vielerlei Arten die Lebensbedingungen von fast der halben Weltbevölkerung und unterscheiden sich schon allein dadurch von den meisten »global player«. Der Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum »International Year of Co-operatives« (IYC) zu erklären, ist daher nachvollziehbar und kommt auch zum richtigen Zeitpunkt. Genossenschaften, so UN-Generalsekretär Ban-Ki-moon, erinnern die internationale Gemeinschaft daran, dass wirtschaftlicher Erfolg auch bei sozialer Verantwortung möglich ist.

In Österreich sind es die Wohnbaugenossenschaften, die international zu den frühesten Gründungen ihrer Art zählen, viele von ihnen konnten erst kürzlich das achtzigste, neunzigste oder gar hunderste Bestandsjubiläum feiern. Sie sind unverzichtbar für die Wohnversorgung in Österreich und befinden sich als »gemeinnützige« Wohnbaugenossenschaften ausschließlich im solidarischen Eigentum ihrer exakt 460.614 Mitglieder. Sie besitzen, bewirtschaften und verantworten nach letzter Statistik 379.891 Wohnungen, was einem Anteil von etwa zehn Prozent am gesamten Wohnungsbestand in Österreich entspricht.

KOOPERATION STATT WETTBEWERB

In weiten Kreisen der Europäischen Union schätzt man eine Art »liberalen Kapitalismus«, der nicht vornehmlich zivilgesellschaftlich wertvolle Eigenschaften wie »Solidarität« fördert, sondern umfassenden Wettbewerb und das soziale Muster eines ausgeprägten Individualismus.

Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom – »Governing the Commons« – hat hingegen recht überzeugend nachgewiesen, dass Kooperation bessere Ergebnisse bringt als Wettbewerb. Ihre Erkenntnis, dass »Miteinaneinander« statt »Gegeneinander« für das Gemeinwohl günstiger sei, ist eigentlich eine Binsenweisheit.

Das »Internationale Jahr der Genossenschaften« bietet nun eine gute Gelegenheit die genossenschaftsspezifische Art des Eigentums und Wirtschaftens von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Erinnerung zu rufen. Auch könnte eine Besinnung auf genossenschaftliche Grundsätze mithelfen manche Probleme der Gegenwart, wie etwa den fortschreitenden Klimawandel, die Vereinsamung der Menschen oder die ausufernde Fremdenfeindlichkeit, um nur einige Themen zu nennen, zu entschärfen; denn viele dieser Fragen lassen sich durch zentrale Großprojekte und Programme alleine nicht lösen. Erfolgversprechender sind hingegen oft kleinteilige »single issue« Lösungen vor Ort, dezentrale Aktivitäten und deren Kombination mit öffentlichen Programmen. Solche Aktivitäten bedürfen aber eben in besonderem Maße auch der Mitwirkung von Initiativen im Wohnbereich.

SOLIDARISCHES EIGENTUM AN WOHNRAUM

Wohnbaugenossenschaften sind gleichermaßen soziale Gemeinschaft und wirtschaftliches Unternehmen. Sie bilden privates Eigentum, über das gemeinschaftlich verfügt wird, das aber individuell genutzt wird. Dieses Eigentum an Wohnraum versickert nicht in individueller Bereicherung, es kann auch nicht untervermietet oder für den Weiterverkauf in Zeiten steigender Wohnungspreise gehortet werden. Es trägt sich über Generationen von Mitgliedern fort und stiftet so nachhaltig weiteren Nutzen, der weit über den Kreis

der gegenwärtig Begünstigten hinaus geht. Insofern kommt genossenschaftlich-solidarischem Privateigentum ein gesellschaftspolitisch höherer Stellenwert zu als individuellem Privateigentum. Durch die in Österreich vom Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz erzwungene Umwandlung von Genossenschaftswohnungen in Mietkaufwohnungen, sowohl beim Neubau als auch im Bestand und gegen den ausdrücklichen Willen der Genossenschafter, kommt es zur Enteignung solidarischen Wohnungseigentums zugunsten von individuellem Wohnungseigentum. Die legistischen Fehlleistungen dieser Zeit fanden übrigens und wohl auch nicht zufällig ihren Höhepunkt in der kabarettreifen Privatisierung der BUWOG, die als das Sittenbild einer verwahrlosten politischen Klasse in Erinnerung bleiben wird.

LANGFRISTIG ORIENTIERTE WOHNVERSORGER

Die Perspektive von Wohnbaugenossenschaften ist eine langfristige und schon daher dem gleichfalls extrem langlebigen Gut »Wohnimmobilie« sehr gemäß. Genossenschaften entwickeln ihre Bestände ohne Ertragsdruck mit großer Geduld und pflegen sie beispielhaft, denn ihr Ziel ist es das Vermögen der Solidargemeinschaft über einen langen Zeithorizont zu sichern. Diese Wohnungsbestände bleiben der Gemeinschaft generationenübergreifend verbunden und können so auch zu einem Bollwerk gegen Wohnungsnot werden. Sie verschaffen dem »Halt« suchenden Bürger auch in schlechten Zeiten ein sicheres Fundament für die Erreichung seiner Lebenszwecke.

Die österreichische Wohnungspolitik der Nachkriegszeit hat im Grunde ein sehr kluges, eigenständig »österreichisches« wohnungspolitisches System geschaffen: Eine Wohnbauförderung, die weitestgehend unabhängig von den Verwerfungen der Finanzmärkte funktioniert; und eine bis in die heutigen Tage beispielhaft organisierte Genossenschaftsrevision für die Bauvereinigungen.

Das finanzielle Instrument einer objektbezogenen Wohnbauförderung und das auf genossenschaftlichen Prinzipien aufbauende organisatorische Instrument einer im Wege der Kostendeckung ebenfalls objektbezogen funktionierenden Wohnungsgemeinnützigkeit ergänzen einander trefflich und sind von grundlegender Bedeutung für die günstige Ausgangssituation in diesem Lande, einer Wohnversorgung für einkommensschwächere Haushalte, um die uns viele Staaten in und außerhalb der EU beneiden.

Dennoch versteht sich die genossenschaftlich organisierte Wohnwirtschaft nicht primär als soziale Einrichtung, sie ist vor allem ihrem Förderauftrag verpflichtet. Der darüber hinaus gehende Nutzen für die Gemeinschaft kann aber auch nicht übersehen werden: die preisstabilisierende Wirkung auf die Wohnungsmärkte, der so wichtige Aspekt guter sozialer Durchmischung der Wohnquartiere, die funktionale Bedeutung für die Binnenwirtschaft, das Steueraufkommen, den Arbeitsmarkt und das Lohniveau, nebst dem Beitrag zur Stadtentwicklung und der Förderung nachhaltigen Bauen und Sanierens.

EIN LETZTES

Die Wohnungsgenossenschaften in Österreich sind zugegebenermaßen professionell langweilige Wirtschaftsunternehmen vom Typus »ordentlicher Kaufmann«, es gibt keinen Raum für Abenteuer, für »Geiz ist geil« oder so ähnlich. Nur wer tatsächlich glaubt dass die globalen Finanzmärkte und heimischen Gierhälse aufhören werden ihren Vorteil aus dem Marktversagen zu schlagen, kann allen Ernstes auf wirksame unabhängige Finanzierungskreisläufe verzichten. Die Baugenossenschaften aber auch die Wohnbauförderung, die Geldströme der Wohnbaubanken und das Bausparen sind solche autonomen Systeme.

HERBERT LUDL
ist Vorstand Sozialbau AG und Obmann des Österr. Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, Landesgruppe Wien.

DEATH MATTERS

tropenmuseum amsterdam

KASTJE MET SKELETTEN VOOR ALLERZIELEN, MEXICO. EIND 20STE EEUW.
© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Each day an average of 155,000 people die around the world. Ultimately, death is unavoidable, inevitable. It is part of life. Death Matters — showed at Amsterdam's Tropenmuseum — surveys how people who suffer a bereavement deal with death. Different aspects of death are examined through personal stories, films, objects and contemporary art: leave-taking, mourning and commemorating. A magazine (Dutch only accompanying the exhibition features contributions by Stine Jensen, Frank Starik, Hafid Bouazza and Frénk van der Linden.

Mehr Mut für Europa

Mitte Jänner wurde Hannes Swoboda zum Vorsitzenden der Fraktion sozialistischer und demokratischer Parteien (S&D) im Europäischen Parlament gewählt. Im vorliegenden Beitrag analysiert er die aktuelle Lage Europas und stellt einige zukunftsweisende programmatische Überlegungen für eine Linkswende in Europa dar.

Die Sozialdemokratie in Europa ist nach wie vor in einem fragilen Zustand. Zwar gab es in Dänemark einen leichten Ruck nach links, aber dennoch kann man von keinem besonders guten Ergebnis für die Sozialdemokratie sprechen. Wenig erfolgreich waren die Wahlen in Polen und Slowenien und auch in Spanien wird es unmöglich sein, die Stellung zu halten. Die Hoffnung liegt jetzt auf einem Wahlsieg in Frankreich. François Hollande werden in den Umfragen reelle Chancen eingeräumt, Nicolas Sarkozy als Staatspräsident zu beerben.

Die Menschen in Europa sind von der Wirtschaftskrise geplagt und sie haben Angst, dass es noch schlechter wird. Und Angst, das zeigt die historische Erfahrung, führt immer nach rechts, in den Nationalismus. Dieser hat es jetzt relativ leicht. Da Europa außerstande ist, gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltig zu helfen, wenden sich die Menschen den nationalistischen Kräften zu. Die Gemäßigten den gemäßigt konservativen Parteien, die weniger Gemäßigten und meist weniger Gebildeten den extremeren, lauter schreienden Kräften.

Doch was bedeutet dies für die Sozialdemokratie? Welche Konzepte haben wir zu bieten, wie können wir dazu beitragen, die Wirtschaftskrise – vor allem die Arbeitslosigkeit – zu bekämpfen? Und wie können wir dem erstarkenden Nationalismus begegnen?

WIRTSCHAFTSKRISE

Seit 2008 hat die Wirtschaftskrise Europa fest im Griff. Trotz zahlreicher Bemühungen ist es noch nicht gelungen, die Talsohle zu durchschreiten. Mehr noch, es wird das Ende des Euro – gar der Europäischen Union – heraufbeschworen, es scheint, als seien wir nicht in der Lage, die Probleme gemeinsam zu überwinden. Den politisch Verantwortlichen in Europa kann nicht zum Vorwurf gemacht werden, nicht auf die Krise reagiert zu haben. Zahlreiche Gipfelbeschlüsse der letzten Jahre belegen, dass man mit Rettungsschirmen und Stabilitätsmaßnahmen versucht hat, die Auswirkungen der Krise einzudämmen und jene Länder mit den größten Schwierigkeiten finanziell zu unterstützen. Was man jedoch zum Vorwurf machen kann, ist das mangelnde Tempo und dass man sich nicht dazu durchgerungen hat, die Krise zu nützen, um grundlegende Fehler der Vergangenheit konsequent zu korrigieren.

Zum einen ist man bei der Regulierung der Finanzmärkte viel zu zögerlich vorgegangen. Hier hätte es mehr und vor allem schnellere Reaktionen gebraucht, um zu verhindern, dass Staaten durch Spekulationen in den Ruin getrieben werden. Noch immer ringen wir um eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, obwohl diese – neben dem Effekt von zusätzlichen Einnahmen – ein wichtiges Regulativ für die Finanzmärkte wäre. Zum anderen hat man sich auf eine Austeritätspolitik verständigt, die Wachstum und Beschäftigung verunmöglicht.

Am Beispiel Griechenland wird deutlich, dass die Troika aus EZB, IWF und Kommission so enge Regeln anlegt, dass es den Hellenen auch in den kommenden Jahren nicht möglich sein wird, ein gesundes Fundament für ihre Zukunft zu erbauen. Die Bevölkerung leidet massiv unter den Sparmaßnahmen, die Jugendarbeitslosigkeit explodiert und Sozialleistungen werden gekappt. Es ist daher umso verständlicher, dass

sich Widerstand formiert und der Protest auf die Straße getragen wird. Es ist klar, dass Griechenland sparen muss, dass es die Zusagen einhalten muss, um das ausufernde Budget in den Griff zu bekommen. Dennoch muss auch Spielraum gelassen und Unterstützung gegeben werden, um Strukturprobleme zu beheben und die vorhandene Industrie zu fördern. Dass auch ein anderer Weg beschritten werden kann, wollen wir SozialdemokratInnen im EU-Parlament nun unter Beweis stellen: Eine »alternative Troika« wurde nach Griechenland entsandt, sie soll – gemeinsam mit Arbeitnehmer und Arbeitgebervertretern – ein Konzept erarbeiten, wie die Krise bewältigt werden kann, ohne das Land in den Ruin zu sparen.

Im Kontext der Wirtschaftskrise sind wir SozialdemokratInnen nun aufgefordert, klar und deutlich Position zu beziehen. So müssen wir unmissverständlich klar machen, dass die Hilfe für Griechenland und andere Länder auch eine Selbsthilfe ist. Wird die Eurozone zerstört, hat dies nachhaltige Auswirkungen auf alle Volkswirtschaften in Europa. Es sind vor allem die nationalen Politiker gefragt, der Bevölkerung mit Nachdruck die Wichtigkeit dieses Unterfangens zu vermitteln. Diesem Erklärungsprozess – auch wenn er oft unangenehm und schwierig ist – müssen wir uns stellen.

Ebenso müssen wir uns solidarisch zeigen – mit jenen, die unter der derzeitigen Fiskalpolitik der Europäischen Union am meisten zu leiden haben. Den Arbeitslosen und den sozial Schwächsten. Neueste Zahlen zeigen, dass rund 24,3 Millionen Menschen in Europa ohne Beschäftigung sind, gut 5,5 Millionen davon sind jünger als 25 Jahre, wobei es eine immer größere Differenz zwischen Nord und Süd gibt. Während die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen in Italien bei 31,1 Prozent liegt, so kann sich Österreich über »nur« 8,9 Prozent freuen.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein volkswirtschaftliches Problem, sondern auch ein demokratiepolitisches. Deshalb müssen wir gegensteuern und vehement auf ausgleichende Maßnahmen zwischen Arm und Reich pochen. Die Liste der Maßnahmen in diesem Bereich ist lang: Neben der bereits erwähnten Transaktionssteuer und der strengeren Regulierung der Finanzmärkte muss auch die Steuerhinterziehung auf europäischer Ebene bekämpft werden. Diese Einnahmen können dazu verwendet werden, um die Konjunktur in Europa anzukurbeln. Ebenso brauchen wir eine Regulierung der Spitzengehälter im Finanzbereich und eine bessere Eigenkapitalausstattung der Banken. In diesen Fragen müssen wir am Ball bleiben und stetig auf deren Umsetzung drängen, auch wenn es aufgrund der derzeitigen politischen Konstellationen in Rat und Kommission kein Leichtes ist, Überzeugungsarbeit zu leisten. Es muss uns gelingen, die Themenführerschaft zu übernehmen, wenn es um Auswege aus der Krise geht. Auswege, die sich nicht nur an blanken Budgetzahlen orientieren, sondern ebenso die Menschen im Auge haben. Gelingt uns dies nicht, dann wird der Aufstieg des Rechtspopulismus kaum zu bremsen sein, welcher die größte Gefahr für das wirtschaftliche und politische Projekt der europäischen Einigung ist.

RECHTSPOPULISMUS

In Westeuropa sind die französische Front National, die Geert Wilders-Partei für Freiheit, die dänische Volkspartei und allen voran die FPÖ jene Parteien, die versuchen, den Rhythmus in Sachen EU-Kritik vorzugeben. Sie eint der Wunsch nach einem starken Staat, vor allem im Bereich der Exekutive, um Zuwanderung zu verhindern und das europäische Bollwerk zu schützen. Die Rechtspopulisten eignen sich zweckgerichtet europäische Werte an, wenn es darum geht, Europa gegen MigrantInnen – vorrangig gegen jene aus muslimischen Ländern – zu verteidigen. Sie beschwören die Rechte der Frauen und loben die Errungenschaften der säkularen Welt, welche es zu schützen gilt.

Doch nicht nur in Westeuropa wurden die Rechtspopulisten in den vergangenen Jahren gestärkt, auch in Osteuropa sind sie auf dem Vormarsch. Seit 2009 regiert in Bulgarien

die bürgerliche GERB mit Unterstützung der Rechtsextremen Partei Ataka, 2010 errang Victor Orban in Ungarn den Sieg bei den Parlamentswahlen.

Was die osteuropäischen Populisten von den westeuropäischen unterscheidet, ist die Ausrichtung auf einen Feind nach »innen«, vor allem Roma und Sinti sind Ressentiments und Übergriffen ausgesetzt. Von den regierenden Parteien, die sich dem konservativen Lager zuordnen, werden die Umtriebe der unterstützenden rechtsextremen Parteien toleriert, Einmischung von außen wird sich verbeten. Und auch im eigenen Land versucht man, unliebsame Kritik im Keim zu ersticken. Victor Orban hat mit seinem Mediengesetz für internationale Empörung gesorgt, eine freie Berichterstattung sollte verhindert werden.

Erst auf Druck von Seiten der EU wurde das Mediengesetz entschärft, auch wenn nach wie vor fragwürdige Punkte enthalten sind. Neben der Beschneidung der Medienfreiheit gehören auch Rechtsbeugung und überfallsartige Änderungen der Verfassung zu Instrumenten der Rechtspopulisten. Die neue ungarische Verfassung hat dazu geführt, dass der Verfassungsgerichtshof in seiner Kontrollfunktion erheblich beschnitten wurde.

Die Gründe für den Anstieg des Rechtspopulismus in Europa sind vielfältig. Je komplexer die Wirklichkeit, umso mehr steigt die Sehnsucht nach einfachen Antworten. In der Wirtschaftskrise präsentieren die Rechtspopulisten simple Lösungen, es wird vorgegaukelt, dass eine Rückbesinnung auf das Nationale alle Probleme beseitigen würde. Doch warum sind viele Bürgerinnen und Bürger so anfällig für die oftmals leicht durchschaubaren Parolen?

Ein Grund liegt sicher in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Aufstieg der Mittelklasse begonnen, der Wohlstand einer Gesellschaft definierte sich auch über eine möglichst gerechte Aufteilung der vorhandenen finanziellen Mittel. Mittlerweile klafft die Schere immer weiter auseinander, immer weniger Menschen scheinen zum vielbeschworenen Mittelstand zu gehören. Die Angst all jener, die am Wohlstand nicht partizipieren können bzw. auch keine Chancen auf einen Aufstieg sehen, führt dazu, dass man das Angebot an Sündenböcken (Ausländer, Roma, EU) dankbar annimmt. Doch auch der verbliebene Mittelstand wird von Unsicherheiten beherrscht, die Angst vor dem drohende Verlust des Arbeitsplatzes, von wohlerworbenen Rechten wie der Pension oder des guten Einkommens lässt viele Menschen den Populisten folgen.

Ebenso verändern sich die Gesellschaftsstrukturen, soziale Bindungen werden aufgelöst, die Entsolidarisierung nimmt zu, solidarische Organisationen wie etwa die Gewerkschaften werden entwertet. Immer mehr glauben, sich alleine durchsetzen zu müssen, man nimmt sich, was man meint, dass einem zusteht. Neben diesen Faktoren ist auch die mangelnde Kommunikation durch die Parteien der Mitte ein ausschlaggebender Grund für die Abwanderung der Wählerschaft an den rechten Rand. Sachzwänge werden ohne Erläuterungen an die Bevölkerung weitergegeben, Diskussion und Vermittlung findet nicht in ausreichendem Maße statt.

Unterstützung erfahren die Rechtspopulisten auch durch die Medien. So haben zahlreiche Parteien durch ausreichend vorhandene finanzielle Mittel direkten Zugang zu Medien oder sie werden von der Boulevardpresse unterstützt, die sich gerne ähnlicher Termini bedient und von sich überzeugt ist, die Bevölkerungsmeinung zu repräsentieren.

Was sind nun Ansätze, um den Rechtspopulisten bzw. Rechtsextremisten Einhalt zu gebieten? Was wenig hilft, ist, den Rechtspopulismus nur zu kritisieren. Vielmehr müssen wir Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit geben. Dazu gehören auch ein klares Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und damit verbunden auch die Vision einer gemeinsamen Zukunft.

Darüber hinaus müssen wir uns als Sozialdemokraten aktiv zu einer vielseitigen und integrativen Gesellschaft bekennen und sie auch verwirklichen. Klar muss sein, dass wir uns auf keine Bündnisse mit Rechtspopulisten einlassen dürfen. Nur eine klare Abgrenzung gibt uns Glaubwürdigkeit und somit auch die Möglichkeit, aufzuzeigen, wohin der Weg der Weg der Rechten führen würde.

DEMOKRATIE

Eng mit dem Phänomen des Rechtspopulismus ist der Ruf nach mehr Demokratie in Europa verbunden. Die Rechten verstehen darunter »dem Volk aufs Maul zu schauen« und fordern daher am laufenden Band Volksentscheide zu jenen Themen und Projekten, von denen sie hoffen, sie dadurch zu Fall bringen zu können.

Auch wir SozialdemokratInnen halten es für unabdingbar, zu demokratischeren Entscheidungsprozessen innerhalb Europas zu gelangen. Jedoch ist unser Zugang differenzierter. Wollen wir mehr Demokratie, dann heißt dies, Strukturveränderungen auf vielen verschiedenen Ebenen. Mit der Europäischen Bürgerinitiative wurde ein erster Schritt gesetzt. Erstmals wird es den Europäerinnen und Europäern ermöglicht, ihre Anliegen an die Kommission heranzutragen, die diese dann auch behandeln muss.

Was aber noch fehlt, ist eine Stärkung der repräsentativen Demokratie. Zwar wurde das EU-Parlament durch den Vertrag von Lissabon aufgewertet und auch die nationalen Parlamente erhielten mehr Mitspracherechte, wie man jedoch bei den Entscheidungen rund um die Schuldenkrise gesehen hat, ist der Rat noch immer das dominierende Element. Die Probleme dabei: Die Mitglieder des Rates sind durch innenpolitische Sachzwänge wie beispielsweise bevorstehende Wahlen nicht immer in der Lage, effizient und rasch zu handeln. Hätte man im Falle Griechenlands sich schneller dazu durchgerungen, die entsprechende Hilfe zu leisten, hätten viele Probleme vermieden werden können. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel war aber einerseits durch die Blockadehaltung des Koalitionspartners und andererseits durch bevorstehende Landtagswahlen nicht Willens, die notwendigen Schritte gleich nach Bekanntwerden der griechischen Schuldenkrise einzuleiten.

Das EU-Parlament hat in den vergangenen Jahren immer wieder mehr Mitspracherechte eingemahnt, bisher leider vergeblich. Dabei kann ein Mehr an Europa, wie es von so vielen Seiten gefordert wird, nicht ohne die Einbeziehung der direkt gewählten Mandatare des EU-Parlaments erfolgen. Die Bildung einer Fiskalunion ist eine europäische Angelegenheit und kann nicht wie eine multilaterale Sondervereinbarung zwischen den beteiligten Staaten behandelt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern wird so jede Stimme genommen, Entscheidungen, die massiv in das Leben der Menschen eingreifen – wie etwa der rigide Sparkurs – werden ohne ausreichende demokratische Kontrollen gefällt. Hoffnung gibt in dieser Frage das Engagement des neuen Parlamentspräsidenten Martin Schulz, der seine Rolle politischer als sein Vorgänger anlegen will und sich vorgenommen hat, dem EU-Parlament mehr Mitspracherechte zu erkämpfen.

Veränderungen brauchen wir auch an der Spitze der Europäischen Union, konkret heißt das, wir müssen Europa ein Gesicht geben. Statt Rats- und Kommissionspräsidenten sollte es nur mehr einen EU-Präsidenten geben, welcher sich einer europaweiten Volkswahl stellt. Dies wäre ein erster Schritt, um Europa nach außen hin stark zu repräsentieren und mit einer starken Persönlichkeit weltweit mitreden zu können. Ebenso müssen die Wahlen zum Europäischen Parlament reformiert werden. Wie die letzten Wahlen gezeigt haben, ist das Interesse der Bevölkerung endend wollend. Dies ist nicht verwunderlich, dominieren bei den EU-Wahlen doch meist innenpolitische Themen und Befindlichkeiten, eine umfassende europapolitische Debatte kommt kaum zu Stande. Die europäischen SozialdemokratInnen haben daher beschlossen, bei der Wahl 2014 einen europäische Kandidatin bzw. Kan-

didaten zu bestimmen und eine Liste, die Europa und seine Regionen repräsentiert.

Die Sozialdemokratie steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Mit Mut und Willen zur Veränderung können wir es schaffen, eine Linkswende in Europa zu erreichen. Wir müssen die soziale Frage neu stellen, wir dürfen uns auf das rechte Konzept der Trennung zwischen In- und Ausländern, zwischen Mehr- und Minderheiten nicht einlassen. Vielfältigkeit und Orientierung an gemeinsamen Werten sind kein Widerspruch. Wir müssen beides vertreten. Und wir müssen ein stimmiges Konzept zur Lösung der Wirtschaftskrise vorlegen – und das kann nur ein gemeinsames sein. Und das heißt, ein europäisches.

HANNES SWOBODA
ist Fraktionsvorsitzender der Progressiven Allianz sozialistischer und demokratischer Parteien im Europäischen Parlament.

FOTO REPORTERS – FRESH IMAGES AP PHOTO - HUSSEIN MALLA

© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Genderdimensionen der neuen EU-Economic Governance

Die sich auf europäischer Ebene durchsetzenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Koordinierung zeichnen sich durch Eingrenzungen von politischen Handlungsspielräumen und Festschreibungen neoliberaler Projekte aus. Elisabeth Klatzer und Christa Schlager zeigen auf, dass dadurch ungleiche Geschlechterverhältnisse weiter befördert werden.

Innerhalb der EU kommt es im Lichte der Krise zu einem bedeutenden Um- und Ausbau der wirtschaftspolitischen Steuerung. Dieser Umbau wird von den europäischen Institutionen, insbesondere Europäische Kommission (EK), Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates (Van Rompuy) und einzelnen Mitgliedstaaten (MS), v.a. Deutschland und Frankreich, rasch vorangetrieben. Die öffentliche Beteiligung daran ist marginal und die öffentliche Diskussion befasst sich, soweit überhaupt, mit Nebenschauplätzen (z. B. Euro-Plus-Pakt) oder einzelnen Aspekten wie der Griechenlandkrise. Wirtschafts-, demokratie- und sozialpolitische Auswirkungen der neuen Economic Governance bekommen wenig Aufmerksamkeit. Das beherrschende Thema ist nicht die still vorangetriebene neoliberale Revolution im Rahmen der neuen Economic Governance, sondern der Fokus der Öffentlichkeit wird auf den krisenbedingten Anstieg der Defizite und möglichst raschen Abbau der Verschuldung gelenkt. 23 Staaten befinden sich im Jänner 2012 gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in einem Defizitverfahren. Verstärkt wird der einseitige Blick auf das Thema durch die von EK, Deutschland und Frankreich (»Merkozy«) forcierte europäische Linie, dass durch fiskalische Austerität das »Vertrauen der Finanzmärkte« wiedergewonnen werden müsse.

Die unablässige Diskussion über Schuldenbremse und Sparpakete verdeckt die systemischen Ursachen der Krise, die bisherigen Folgewirkungen und vor allem auch den Blick auf die nötige Abkehr von den vorherrschenden Paradigmen der Marktgläubigkeit, des monetaristischen Tunnelblicks in Bezug auf Geldpolitik und der einseitigen Wettbewerbsorientierung. Es gibt ständig »Gipfel« zu Rettungsmaßnahmen, wobei immer deutlicher wird, dass eigentlich die Banken und nicht die Staaten primäres Ziel der Rettung sind. Europa steht Anfang 2012 vor Stagnation, steigender Arbeitslosigkeit und Armut und ist damit von der Erreichung der »EU 2020«-Ziele Lichtjahre entfernt. Die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Austeritätspolitik auf die Bevölkerung werden weiterhin ausgeblendet.

Praktisch nicht vorhanden in der öffentlichen Diskussion und noch weniger bei den Entscheidungsverantwortlichen ist die Frage, ob bzw. welche geschlechterpolitischen Implikationen mit der neuen Economic Governance verbunden sind. Dieser Aspekt ist das Kernthema des vorliegenden Artikels. Eine Gender-Analyse darf sich nicht nur auf die Bewertung von einzelnen konkreten Sparmaßnahmen beschränken, sondern muss auch eine Analyse der gesamten Makropolitik vornehmen.[1] Eine Schlüsselkategorie der Analyse makroökonomischer Zusammenhänge aus Genderperspektive ist die Einbeziehung der »reproductive economy«: Ein substanzieller Teil der Arbeitszeit von Frauen wird unbezahlt geleistet, diese Tätigkeiten stellen aber eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft dar.

EU-ECONOMIC GOVERNANCE

Aufbauend auf den etablierten Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der integrierten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie der wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie, die nach der 2010 ausgelaufenen Lissabon-Strategie nunmehr in der Europa 2020-Strategie zusammengefasst wurde, stellen sich die wesentlichen Elemente der neuen Economic Governance folgendermaßen dar:

1. Dieser Ansatz wurde bereits seit den Anfängen des Gender Budgeting vertreten. Kritik an den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen des globalen Südens in den 1980er und 1990er Jahren haben umfangreiche Studien über die geschlechterpolitischen Implikationen (Gender Impact) makroökonomischer Politik hervorgebracht. Diese Erkenntnisse haben aber bislang wenig Widerhall in der Wirtschaftspolitik oder bei konventionellen ÖkonomInnen gefunden, deren »Geschlechterblindheit« weiterhin gleichstellungspolitisch besorgniserregend und ökonomisch bedenklich ist.
2. Zwei am 23.11.2011 von der EK vorgelegte Verordnungsentwürfe (»Twopack«), die den Prozess der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung noch weiter verschärfen, wurden in mittlerweile gewohnter Vorgangsweise abseits der Öffentlichkeit im ECOFIN am 21. Februar fertig ausverhandelt, nun wird Druck auf das EP ausgeübt, die Rechtsakte übereilt in erster Lesung zu beschließen. Damit wird die Überwachung der Budgets noch engmaschiger und mit größeren Eingriffen in die Budgethoheit der Parlamente verbunden, da bereits Budgetpläne der EK vorgelegt werden müssen und von dieser »beurteilt« werden. Für MS in übermäßigem Defizitverfahren und jene in finanziellen Schwierigkeiten werden die Kontrolleingriffe sukzessive schwerwiegender.
3. Die Verhandlungen wurden Ende Jänner 2012 abgeschlossen und der Vertrag soll Mitte 2012 in Kraft treten.

(1) Der Umbau des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit der Ausgabenregel im präventiven Arm, der Schuldenregel im korrektiven Arm und der Verschärfung der Sanktionen für Euroländer führt zu einseitigem Sparzwang und zur Verpflichtung zum raschen Abbau der Defizite weitgehend unabhängig von der konjunkturellen Situation. Die Stellung der EK wird gestärkt und quasi-automatische Sanktionen für Euroländer intensivieren den Spardruck. Damit wird die Regelgebundenheit der Fiskalpolitik verstärkt und der Spielraum für budgetpolitische Entscheidungen entscheidend verengt.

(2) Die Einführung des neuen Prozesses der makroökonomischen Überwachung mit dem Verfahren eines übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichtes und Vorgaben für wirtschaftspolitische Maßnahmen von europäischer Seite mit ebenfalls quasi-automatischen Sanktionen für Euroländer im Falle des Abweichens bedeutet eine entscheidende Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Der zentrale Konstruktionsfehler und Angriff auf demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik ist dabei allerdings, dass die Definition dessen, was ein Ungleichgewicht darstellt und welche Maßnahmen zu treffen sind, den bürokratischen Mechanismen der neoliberal dominierten Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) in der EK überlassen wird.

(3) Die Einführung des Europäischen Semesters bringt eine enge ex-ante Koordinierung und strikte Überwachung[2] der Budget- und Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten mit sich, das die beiden oben genannten Prozesse und einseitig auf Wettbewerbsfähigkeit fokussierte Prioritätensetzungen im Rahmen des Euro-Plus-Paktes zusammenbringt und starke Eingriffe der EK und des ECOFIN-Rates in budget- und wirtschaftspolitische Prioritätensetzungen der Mitgliedstaaten ermöglicht. Damit werden demokratiepolitisch legitimierte Entscheidungsprozesse auf Ebene der MS de facto sehr eingeengt und in Richtung nachträglicher Absegnung von Vorgaben auf EU-Ebene entwertet.

(4) Beim Europäischen Rat im Dezember 2011 wurde beschlossen, einen völkerrechtlichen Fiskalvertrag außerhalb der Verträge zu schließen, an dem alle MS außer Großbritannien und die Tschechische Republik beteiligt sind. In diesem »Treaty on the Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union«[3] wird de facto ein Nulldefizit bzw. eine Schuldenbremse (bzw. für viele Länder die Notwendigkeit zu Überschüssen) festgeschrieben: Das jährliche strukturelle Defizit muss unter 0,5 % des BIP bleiben (bei MS mit einem Schuldenstand unter 60 % liegt die Vorgabe bei unter 1 % des BIP) und ein entsprechender automatischer Korrekturmechanismus bei Überschreiten muss eingeführt werden. Der Vertrag verpflichtet die MS, dies verfassungsrechtlich – oder vergleichbar – in nationales Recht umzusetzen und spricht dem EuGH die Kontrollbefugnis darüber zu. Der Fiskalvertrag weitet das EU-rechtswidrige Verfahren der umgekehrten Abstimmung weiter aus: Die EK kann bestimmen, gegen wen ein übermäßiges Defizitverfahren eröffnet wird, es sei denn, MS sprechen sich mit qualifizierter Mehrheit dezidiert dagegen aus. Damit werden Sanktionen für ungewünschte Haushaltspolitik noch leichter möglich. Weitere Bestimmungen betreffen die wirtschaftliche Konvergenz und den Eurogipfel mit Einführung eines gewählten Präsidenten.

(5) In Form des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird durch völkerrechtlichen Vertrag ein sogenannter permanenter »Rettungsschirm« eingerichtet. Der ESM ist eine neu zu schaffende Institution mit der Aufgabe, Finanzhilfen an MS – verbunden mit strikten Auflagen und makroökonomischen Anpassungsprogrammen, verhandelt und kontrolliert von der EK – zu vergeben. Eurozonen-FinanzministerInnen haben den Vertrag verhandelt und sich selbst in entscheidende Positionen innerhalb des ESM gesetzt. Problematisch ist, dass der ESM strukturell so geschaffen wird, dass er völlig intransparent und abgeschottet von demokratischen Institutionen handeln kann. Der ESM arbeitet eng mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen, das Europäische Parlament (EP) bleibt aber

4. Andererseits zeigen aber jüngere Studien für Europa, dass Verbesserungen in Sachen Gleichstellung zu höherem wirtschaftlichen Wachstum führen (Löfström 2009, Bettio/Smith 2008).

ausgeschlossen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die neue Economic Governance von folgenden Charakteristika geprägt ist: Regelgebundenheit auf hohem Niveau (die neuen Regeln auf EU-Ebene haben de facto höhere Bestandskraft als Verfassungsgesetze auf nationaler Ebene, da Veränderungen schwieriger sind), einseitige Defizit- und Verschuldungsabbau-Ausrichtung, die zu Sparzwang und Abbau des öffentlichen Sektors führt, ein hohes Maß an Übertragung heikler wirtschafts- und budgetpolitischer Entscheidungen an demokratisch nicht legitimierte kleine, elitäre Gruppen innerhalb der Bürokratie mit erheblichem Machtzuwachs der Finanzbürokratie in Kommission und Mitgliedstaaten, Schaffung und Verstärkung intransparenter Prozesse ohne Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme bzw. Kontrolle.

GESCHLECHTERIMPLIKATIONEN

Die Analyse der Implikationen von makroökonomischer Governance bzw. von wirtschaftspolitischen Regeln und Rahmenbedingungen generell auf Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterverhältnisse umfasst mehrere Dimensionen. Eine Übersicht des hier entwickelten analytischen Rahmens, der diese unterschiedlichen Dimensionen integriert und systematisiert, ist in Tabelle 1 ersichtlich.

Wesentliche Aspekte zur umfassenden Bewertung der Gleichstellungswirkungen von Economic Governance-Mechanismen sind dabei: (1) Gender Bias von wirtschaftspolitischen Governance-Mechanismen, (2) Gender Bias von wirtschaftspolitischen Zielen und Regeln, (3) Geschlechterimplikationen der Veränderungen von Staatlichkeit bzw. öffentlichen Institutionen sowie (4) Auswirkungen auf Lebensbedingungen von Frauen und Männern bzw. bestimmten Gruppen von Frauen und Männern.

Nicht nur Auswirkungen von Wirtschaftspolitik auf Geschlechterverhältnisse, sondern umgekehrt, Rückwirkungen der jeweiligen Geschlechterverhältnisse auf wirtschaftspolitische Entwicklungen, insbesondere makroökonomische Größen wie gesamtwirtschaftliche Nachfrage, Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sind ebenfalls zu berücksichtigen. Es ist eine implizite Annahme der herrschenden Konzeption, dass es keine Rückwirkungen von Geschlechterverhältnissen auf die makroökonomische Performance gebe. Die Unterbewertung und Unterbezahlung von Frauenarbeit, die den Kern der ökonomischen Unterordnung von Frauen darstellen, spielen aber eine ganz entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses.[4]

(1) Gender Bias von wirtschaftspolitischen Governance-Mechanismen

Aus einer feministischen Perspektive stellt sich die Frage nach dem geschlechterpolitischen Gehalt dieses neuen Regimes. Während bereits in der Vergangenheit Machtverschiebungen zugunsten der Finanzministerien zu beobachten waren (vgl. Sen 2002), zeigt sich nunmehr ein sehr entscheidender Schnitt, der Finanzministerien und die GD ECFIN in der EK mit großem Machtzugewinn in budget- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausstattet. Diese Verschiebung ist in sich eine geschlechterpolitische, da diese finanzpolitischen Institutionen nicht nur zu einem viel höheren Ausmaß von Männern dominiert sind als viele andere Teile der Bürokratie, sondern auch nach wie vor von sehr maskulinen Normen und Traditionen geprägt sind (vgl. Schuberth 2006, Sauer 2010). Insbesondere nationale Parlamente verlieren durch diese Verschiebungen hin zu regelgebundenen, bürokratiegeleiteten Verfahren an Einfluss, was wesentliche Auswirkungen auf die Repräsentation und den Einfluss von Frauen auf relevante Entscheidungsprozesse hat. Mühsam erkämpfte Terraingewinne von Frauen in demokratischen Institutionen werden somit durch die Machtverschiebungen bezüglich substantieller Mitbestimmung innerhalb der MS und hin zur supranationalen Ebene zu einem großen Teil zunichte gemacht.

Während der Anteil von Frauen und ihr Einfluss in traditionellen demokratischen Institutionen über die letzten Jahrzehnte langsam aber stetig zugenommen hat, hat sich die

Tabelle 1: Analytischer Rahmen: Gender-Dimensionen von wirtschaftspolitischer Governance

Analytische Dimensionen	Aspekte der jeweiligen analytischen Dimension
Gender Bias von wirtschaftspolitischen Governance-Mechanismen	• Institutionen • Prozesse • Partizipation von Frauen und Männern
Gender Bias wirtschaftspolitischer Ziele und Regeln	• Geldwertstabilität (Deflationsbias) • männliches Ernährer-Modell (Patriarchatsbias) • Bias der Vermarktlichung • Risikoindividualisierung • Kreditbias • Auslagerung von Stabilisierungsfunktionen
Geschlechterimplikationen der Veränderung von Staatlichkeit	• Beschäftigung im öffentlichen Sektor • Größe des öffentlichen Sektors • Auslagerungen / Privatisierungen • Öffentliche Dienstleistungen • Bereitstellung von Versorgungsleistungen (Care) • Wandelnde Rolle des Staates
Auswirkungen auf Lebensbedingungen von Frauen und Männern	• Beschäftigung und Arbeitslosigkeit • Arbeitsbedingungen und Einkommen • Armut, soziale Exklusion/Marginalisierung • Vermögensbildung und Überschuldung • Unbezahlte Arbeit und Care-Arbeit • Rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung • Migration • Gewalt
Rückwirkungen von Geschlechterverhältnissen auf makroökonomische Performance	

effektive Entscheidungsmacht auf ausgewählte EU-Institutionen und andere internationale Institutionen, wie den IWF, multinationale Unternehmen sowie Finanzinstitutionen und -märkte verschoben. Diese stellen Terrains von Maskulinität und männlich dominierter Macht dar, die zunehmend Macht über politische Entscheidungsprozesse gewinnen.

Die Machtverschiebung gilt für die allgemeinen wirtschafts- und budgetpolitischen Prozesse in allen MS, für die Eurozone durch Sanktionsmöglichkeiten noch verschärft, wird aber im Fall von EU-Staaten mit Finanzierungsbedarf durch die wirtschaftspolitischen Diktate der Troika – EK, IWF und EZB – auf die Spitze getrieben. Mit dem ESM wird diese Entdemokratisierung und gleichzeitige Maskulinisierung in völkerrechtliche Vertragsform gegossen. Das EP, ein breiteres Spektrum repräsentierend und zumindest zu einem kleinen Teil geschlechterpolitische Prioritäten setzend, ist abgesehen von einem sehr begrenzten Informationsaustausch nicht am Entscheidungsprozess beteiligt.

(2) Gender Bias wirtschaftspolitischer Ziele und Regeln
Die neoliberal inspirierten restriktiven fiskal- und wirtschaftspolitischen Regeln haben eine Reihe von impliziten Gender Biases: Die explizite Ausrichtung am Ziel der Geldwertstabilität (Deflationsbias), die implizite Ausrichtung am männlichen Ernährer-Modell sowie die Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit von marktbasierten Lösungen (Bias der Vermarktlichung) konstruieren gesellschaftliche Schieflagen, die zur Zurückdrängung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und zu Lohndruck bzw. Prekarisierung am Arbeitsmarkt führen.

Im Zuge der Finanzkrise wurden die Effekte der zunehmenden Risikoindividualisierung sowie des Kreditbias auf Grund der verschiedenen Vermögensverhältnisse und der ungleichen Behandlung von verschuldeten Frauen durch Finanzinstitutionen (Banken) als zusätzliche geschlechterpolitische Schieflagen zunehmend sichtbarer. Frauen traten vornehmlich als (schlechte) Schuldnerinnen und nicht als Vermögende am Finanzsektor auf und hatten damit stark unter den Verwerfungen am Finanzmarktsektor zu leiden, wogegen ihnen die Profite der Boomjahre verwehrt blieben.

Makroökonomische Politiken und Regeln basieren auf bestimmten Annahmen über Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen. Es wird implizit angenommen, dass die gesellschaftliche Reproduktion unabhängig von den jeweiligen makroökonomischen Regeln weiterhin funktioniert und insbesondere Frauen den Ausfall öffentlicher gesellschaftlicher und reproduktiver Dienstleistungen kompensieren (Bias der Auslagerung von Stabilisierungsfunktionen).

Frauendiskriminerung und Geschlechterungleichgewichte sind in der Debatte um makroökonomische Ungleichgewichte in Europa inexistent – obwohl Gleichstellungsdefizite zu wachsenden Ungleichgewichten beitragen (s. z. B. Berik et al. 2009). Obwohl die EK für die Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt plädiert, wird das nicht aus der Gleichstellungs-, sondern nur aus der Wettbewerbsfähigkeitsperspektive gesehen. Dies führt jedoch nicht zwangsläufig zu einem steigenden Arbeitsvolumen von Frauen, sondern geht einher mit steigender Prekarität, niedrigen Einkommen und unsicheren Arbeitsplätzen, sodass sich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen kaum verändert haben.

(3) Geschlechterimplikationen der Veränderung von Staatlichkeit
Die regelgebundene Sparpolitik führt zu großen Einschnitten bei den staatlichen Ausgaben, was nicht nur zu Kürzungen von öffentlichen Dienstleistungen und zum Abbau der öffentlichen Beschäftigung führt, sondern auch zu einem verstärkten Wandel des öffentlichen Sektors und Staates insgesamt. Bereits anhand der Erfahrungen aus bisherigen Sparpaketen wurde deutlich, dass eine Reduktion der öffentlichen Beschäftigung besonders große Auswirkungen auf Frauen hat. Trotz nach wie vor bestehender Benachteiligungen bietet der

öffentliche Sektor im Hinblick auf den Gender Pay Gap und Arbeitsbedingungen gerade für Frauen im Vergleich zur Privatwirtschaft bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen.

Die Kürzung öffentlicher Leistungen zur Bereitstellung von Versorgungsleistungen ist zwar im Rahmen der neuen Regeln nicht zwingend erforderlich, allerdings zeigt sich in Zeiten des Sparzwangs zumeist eine Reduktion von Ausgaben in diesen Bereichen. Im Rahmen des Euro-Plus-Paktes und des Diskurses um »Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen« wird explizit die Reform der Gesundheits-, Sozial- und Pensionsleistungen angestrebt, was de facto Leistungskürzungen bedeutet. Hier kommt es zu einer Verlagerung der Kosten in den privaten Bereich, wo vielfach Frauen die öffentlichen Leistungsreduktionen mit ihrer unbezahlten Arbeit kompensieren. In Haushalten, die es sich leisten können, verschiebt sich die Last oft auch auf – u.U. illegale – Migrantinnen, die oft schlechten Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt sind.

Generell ist der Wandel der Rolle des Staates von einem wohlfahrtsstaatlich geprägten Ansatz hin zu einem Hüter der Wettbewerbsfähigkeit mit großen geschlechterpolitischen Schieflagen verbunden. Es findet damit eine Re-Maskulinisierung gesellschaftlicher Verhältnisse statt.

(4) Auswirkungen auf Lebensbedingungen von Frauen und Männern

Die Analyse der britischen Women's Budget Group für die Sparpläne im Jahr 2011 und Folgejahre (WBG 2011) zeigt, dass bis 2014/15 ein durchschnittlicher Haushalt öffentliche Leistungen verloren haben wird, die 6,8% seines Einkommens ausmachen. Weibliche Pensionistinnen werden jedoch Einbußen zu verzeichnen haben, die 11,7% ihres Einkommens ausmachen, Alleinerzieherinnen sogar 18,5%. Frauen »zahlen« in Großbritannien 72% der Änderungen im Steuerwesen und Ausgabenkürzungen, die 2010 eingeführt wurden und auch in den nächsten Jahren nicht geändert werden sollen. Dazu zählen u. a. die Erhöhung des Pensionsalters für Frauen auf 66, Erhöhung der Umsatzsteuer von 17,5% auf 20%, Jobverluste im Öffentlichen Dienst, Einschränkung der Mittel an 95% der frauenspezifischen Einrichtungen und Organisationen, wovon 25% nach eigenen Angaben schließen müssen und die Abschaffung der Women's National Commission, die als halbstaatliche Organisation die Fraueninteressen gegenüber der Regierung vertrat.

Auch wenn es für viele Staaten keine genderspezifischen Auswertungen gibt, ähneln sich die getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen, wie ein OECD-Überblick (OECD 2011: 45ff) zeigt. Die höchsten Ausgabenkürzungen betreffen den Bereich der Sozialausgaben (soziale Transfers, Gesundheits- und Pensionsleistungen), einnahmenseitig liegt der Schwerpunkt bei der Erhöhung von Verbrauchssteuern. Im Finanzmarktsektor erhöhten nur wenige Staaten die Einnahmen, als besonders »tough« gilt, wenn der Staat im Personalbereich spart.

Da Frauen im EU-Schnitt niedrigeren Einkommen, einer höheren Armutsgefährdung und mittlerweile auch (wieder) einer höheren Arbeitslosigkeit unterliegen, ist damit ebenfalls von einer erhöhten Betroffenheit auszugehen. Frauen sind stärker von den Zweitrundeneffekten von Krisen betroffen. Sparpakete werden in Zeiten angespannter wirtschaftlicher und sozialer Situationen geschnürt – begleitet von niedrigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und zunehmendem Unmut in der Bevölkerung – und deswegen wird versucht, die Anpassungslasten jenen aufzubürden, die den geringsten Widerstand leisten bzw. am wenigsten mit den politischen Eliten vernetzt sind. Dabei wird zudem versucht, Kosten zu externalisieren, indem sie in den Bereich unbezahlte Arbeit verschoben werden.

RESÜMEE

Der Neoliberalismus ist ein enormes Projekt der Maskulinisierung von Gesellschaft, Politik und Staat (Kreisky 2001, Sauer 2010: 44). Neoliberale Politik ist mit politischen Rück-

schritten in Sachen Gleichstellung eng verknüpft. Frauen haben nicht nur den größeren Anteil der Kosten und Risiken der neoliberalen Politiken zu tragen, vielmehr noch werden verstärkte Ungleichgewichte ignoriert. Zwar kommt es dabei zum Verblassen tradierter patriarchaler Muster, aber gleichzeitig findet eine Re-Maskulinisierung gesellschaftlicher Verhältnisse statt.

Laut Kreisky ist das »Ziel maskuliner Ideologie die Genesung vor-moderner Männlichkeitsmuster«. Frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen werden allerdings »nicht offen gewalttätig« sondern ideologisch verdeckt blockiert (Kreisky 2001: 88f).

Die konstitutionalisierte Regelbindung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in der EU, die stille neoliberale Revolution des »europäischen Krisenkonstitutionalismus« (Hans-Jürgen Bieling), stellt demnach auch eine Konstitutionalisierung der geschlechterpolitischen Blindheit und geschlechterpolitischer Schieflagen europäischer Wirtschaftspolitik mit verstärkter Kosten- und Risikoabwälzung auf Frauen dar. Die europäische Economic Governance ist Geschlechterpolitik mit verdeckten Karten.

Die Krisenverursacher treten als Krisenlöser auf und können sich damit an der Macht halten. Durch die neuen Steuerungsmechanismen verlieren Frauen entscheidend an mühsam erkämpftem Terrain der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Frauen sind in traditionellen repräsentativen Institutionen bereits unterrepräsentiert, in den neuen EU-Governance-Mechanismen gehen bereits erkämpfte Mitgestaltungsräume wieder verloren, da Macht und Einfluss sich auf neue Institutionen verschieben, die sehr stark männlich dominiert und maskulin konnotiert sind. Die EU schafft mit der neuen Economic Governance also nicht nur enorme wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitische Probleme, sondern auch geschlechterpolitische Probleme und konstitutionalisiert hegemoniale männliche Strukturen.

ELISABETH KLATZER
ist Wirtschaftswissenschafterin und als »freie« Aktivistin-Forscherin, Beraterin und Lektorin mit den Arbeitsschwerpunkten europäische Wirtschaftspolitik und Gender Budgeting tätig.
CHRISTA SCHLAGER
ist Ökonomin und Redakteurin der Zeitschrift »Kurswechsel«.

Eine Langfassung dieses Artikels erscheint in Ausgabe 1/2012 des »Kurswechsel« (www.kurswechsel.at).

Literatur

Bakker, Isabella / Elson, Diane / Young, Brigitte (2011): Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective, London. | **Berik, Güünseli / van der Meulen Rodgers, Yana / Seguino, Stephanie** (2009): Feminist Economics of Inequality, Development, and Growth, Feminist Economics, 15/3, 1-33. | **Bettio, Francesca / Smith, Mark** (2008) Analysis Note: the Economic Case for Gender Equality, EGGE – European Commission›s Network of Experts on Employment and Gender Equality issues, Fondazione Giacomo Brodolini, http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.17998!menu/standard/file/ECO-CASE-final.pdf | **Corneo, Giacomo** (2009) Einkommenskonzentration in Europa, in Dimensionen der Ungleichheit in der EU, http://www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/volkswirtschaft/workshops/workshop_no_16.jsp#tcm:14-172321 | **Kreisky, Eva** (2001) Die maskuline Ethik des Neoliberalismus – die neoliberale Dynamik des Maskulinismus, in: femina politica 10/ 2, 76-91. | **Löfström, Åsa** (2009) Gender equality, economic growth and employment, Stockholm, http://www.se2009.eu/polopoly_fs/1.17994!menu/standard/file/EUstudie_sidvis.pdf | **Sauer, Birgit** (2010) Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Kurswechsel 1/2010, 38-46. | **Schuberth, Helene** (2006) Fiskalische Strategien auf EU-Ebene – Implikationen für Gender Budgeting, in: Lichtenecker, Ruperta / Salmhofer, Gudrun (Hg), Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck. | **Sen, Gita** (2002) Engendering von Finanzministerien, in: femina politica 11/1, 58-69. | **Williams, Marjorie W.** (1994): Gender Productivity and Macro-economic Policies in the Context of Stuctural Adjustment and Change, in: Bakker, Isabella (Hg.), 71-87. | **Women's Budget Group (WBG)** (2011): The Impact on Women of the Budget 2011, http://www.wbg.org.uk/index_7_282363355.pdf

YANG JIECHANG, UNDERGROUND FLOWERS (1989 – 2009)

© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Substanzverlust der Demokratie

Thomas Nowotny konstatiert in der Wirtschaftskrise auch einen massiven Verfall demokratischer Strukturen: Die Eliten versuchen sich zunehmend erfolgreich, von ihrer »Abhängigkeit« vom Volk zu befreien. Bei den meisten der derzeit kursierenden Vorschlägen zur Reform des politischen Systems ortet er Misstrauen gegenüber der Demokratie und gegenüber Einrichtungen der demokratischen Mitbestimmung. Doch es brauche nicht weniger, sondern mehr demokratische Mitbestimmung – in Österreich und Europa.

In einer Krise befindet sich nicht nur die Wirtschaft. Auch die Demokratie liefert nicht länger das, was sie zu liefern hätte. Eine der Ursachen ist in beiden Fällen ident. Die für das Funktionieren der Wirtschaft und die für das Funktionieren der Demokratie maßgeblichen Eliten haben sich ihren eigentlichen Aufgaben entfremdet. Sie haben sich verselbständigt. Ihre Position und ihre Macht leiten sich nicht länger aus den Diensten ab, welche sie der Allgemeinheit erbringen. Die Finanzwirtschaft ist nicht mehr länger Diener der übrigen Wirtschaft. Sie beutet diese aus. Sie hat übermächtigen Einfluss auf die Wirtschaft, ohne dass die Wirtschaft ihrerseits den Finanzgewaltigen irgendwelche Vorgaben machen kann.

Ähnlich verhält es sich in modernen Demokratien. Demokratie bedeutet natürlich nicht, dass das Volk direkt regiert. Notwendiger Weise muss es diese Aufgabe speziellen Eliten überlassen. In einer funktionierenden Demokratie sollen diese Eliten aber einer ständigen Kontrolle unterliegen. Ihre Abhängigkeit von den Bürgern muss sich auch darin ausdrücken, dass diese Eliten in periodischen Abständen ausgewechselt werden können. So wie dem Finanzkapital die Abhängigkeit von der übrigen Wirtschaft lästig ist, so inkommodiert die Abhängigkeit von Bürgern auch die politischen Eliten. Sie versuchen, sich von dieser Abhängigkeit zu lösen. Darin sind sie zunehmend erfolgreich.

Die meisten bislang zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschlossenen Maßnahmen laufen darauf hinaus, den ohnehin schon starken Einfluss des Finanzkapitals zu sichern und zu stärken; und das selbst dort, wo dies der realen Wirtschaft zum offensichtlichen Nachteil gereicht. Hoch verschuldete Länder sind verhalten, ihre Anleihen voll zu bedienen, auch wenn deren Wirtschaft unter dieser Last zusammenbricht. Banken werden vom Staat aufgefangen, aber nicht verstaatlicht und Eigentümer und Manager der Banken dürfen sich auf Kosten der Steuerzahler weiterhin hohe Renditen und Bonuszahlungen genehmigen. Das in Banken gespeicherte Finanzkapital wird geschützt und zwar auch dadurch, dass der realen Wirtschaft kaum mehr Geld in Form von Krediten zur Verfügung gestellt wird.

VERTRAUENSVERLUST

Nämliches geschieht in der Politik. Dem Vertrauensverlust in demokratische Einrichtungen und deren abnehmende Leistungsfähigkeit wird nicht dadurch entgegengewirkt, dass man die gegenseitige Abhängigkeit von Wählern und politischen Eliten verstärkt, sondern vielmehrt dadurch, dass man diese Abhängigkeit schwächt und die politischen Eliten damit autonomer werden. Angeblich geschieht das um die Wirksamkeit des politisch/administrativen Apparates zu erhöhen.

Tatsächlich aber geht die Entwicklung in die umgekehrte Richtung. Der politische Apparat gewinnt an Gewicht und Eigenständigkeit und das zu Lasten des Einflusses von Experten und Bürokraten. Das Inhaltlich/Programmatische tritt in den Hintergrund. Politik stellt sich nicht länger dar als das Ringen um die Lösung konkreter Aufgaben. Sie stellt sich dar als Selbstzweck; als das Bemühen von politischen Cliquen um ihren ungehinderten, unbeeinflussbaren Fortbestand. Bürger verlieren jeden echten Einfluss auf Politik. Sie können eine

1. Eine Legislaturperiode von 5 Jahren ist im internationalen Vergleich unüblich lang. Ihre Einführung in Österreich wurde mit der Absicht begründet, der Regierung mehr Atemraum für auch scherzhafte Reformen zu verschaffen und den latenten ständigen Wahlkampf einzudämmen. Die Feststellung, dass diese Ziel nicht erreicht wurde, ist wohl redundant.

Persönlichkeit wählen. Sie dürfen zwischen unterschiedlichen Stilen, zwischen besseren oder schlechteren Inszenierungen wählen. Maßgebliche politische Inhalte können sie damit aber nicht länger bestimmen.

QUASI-FEUDALE VERBUNDENHEIT

Sind sie tatsächlich an der Regierung, so agieren Politiker nicht länger nach Beratung mit den höheren Beamten ihrer Ministerien. Nicht diese finden sich heute in ihrer engeren Umgebung. Es findet sich dort vielmehr eine sich unablässig mehrende Schar von Sekretären, Presseberatern, Fotografen, Meinungsforschern, von denen keiner enger mit der Materie vertraut ist, die vom betreffenden Politiker zu verwalten und zu gestalten wäre. Allen gemeinsam ist lediglich eine quasi-feudale Verbundenheit mit ihrem Chef, mit dessen Schicksal das ihre verknüpft ist, und an dessen Verbleib in einer Machtposition sie daher überragendes und ausschließliches Interesse haben.

Die politische Kaste lebt also sich selbst und ihren Eigeninteressen. Sie schadet dadurch der Demokratie, so wie die Finanzwirtschaft in Verfolg ihrer engen Eigeninteressen der Wirtschaft schadet. Die Einsicht ist nicht neu, denn diese Entwicklung hat sich schon vor hundert Jahren abgezeichnet. In einer Analyse der damals noch jungen europäischen Massenparteien diagnostizierte Robert Michels das Wirken eines »*Ehernen Gesetzes der Oligarchie*«. Die Eliten an der Spitze dieser Massenparteien würden sich zunehmend aus der Verankerung in der Basis lösen. Ihr Verhalten wäre zunehmend von dem Streben nach eigenem Machterhalt bestimmt und von der Eigendynamik innerhalb dieser engeren Gruppe von »Oligarchen«.

Aber ganz so ehern kann diese Gesetz von der zunehmenden *Re-Feudalisierung* des politischen Systems wohl doch nicht gewesen sein. Wäre das Gesetz so unabweisbar »ehern«, dann gäbe es heute wohl kaum noch echte, funktionsfähige Demokratien. Sie existieren aber und zwar deshalb, weil sich der »eherne« Zugriff der regierenden politischen Eliten nicht festigen konnte. Kriege, Wirtschaftskrisen und Revolutionen haben wiederholt das gesamte gesellschaftlich/politische System erschüttert und haben die Stellung der jeweils herrschenden Eliten unterhöhlt. Aber auch in den politischen Systemen selbst haben sich immer wieder Kräfte konsolidiert, die sich der restlosen »Refeudalisierung der Politik« entgegengestellt haben.

Es mangelt nicht an Vorschlägen für eine solche Welle von Reformen auch im heutigen Österreich. Aber ungeachtet solcher Vorschläge wäre es wohl sinnvoll, zunächst einmal einige jener Gesetzesänderungen rückgängig zu machen, welche innert der letzten Jahre die Demokratie eingeengt hatten. Etwa sollten Wähler wieder in die Lage versetzt werden, durch ein »*Reihen und Streichen*« auf den Kandidatenlisten stärker Einfluss auf die Auswahl ihrer Abgeordneten zu nehmen. Unschwer könnte die Legislaturperioden auch von jetzt fünf[1] wieder auf vier Jahre zu reduziert werden.

NEULAND BETRETEN

Aber es geht nicht nur darum, alte Fehler rückgängig zu machen. Man muss auch Neuland betreten. Seit langem anstehend ist eine Neuregelung der Parteienfinanzierung, mit dem Ziel zu verhindern, dass politische Parteien unter den Einfluss mächtiger Finanziers geraten. Es gilt, die gähnend weiten Schlupflöcher des gegenwärtigen Regimes zu stopfen. Das impliziert volle Transparenz; echte Obergrenzen für individuelle und auch kollektive Parteispenden; die Beschränkung der Kosten von Wahlkämpfen; und die tatsächliche Einhaltung dieser Bestimmungen durch wirksame Kontrollen und durch wirksame, scharfe Sanktionen.

Die Mehrzahl der jetzt umlaufenden Reformvorschläge ist aber nicht von solchem Bestreben nach einer Ausweitung der Demokratie bestimmt. In den meisten dieser anderen Vorschläge schimmert vielmehr im Gegenteil ein Misstrauen gegenüber der Demokratie und gegenüber Einrichtungen der

demokratischen Mitbestimmung. All das geschieht unter dem Vorzeichen erhöhter Sparsamkeit und unter der stillschweigenden Überzeugung, dass zu viel Demokratie unnütz kostspielig wäre – und optimalen technokratischen Lösungen nur hinderlich. Überspitzt könnte man sagen, dass man vorschlägt, die Demokratie-Verdrossenheit dadurch zu bekämpfen, dass man den Bereich der Demokratie einengt. Klingt da nicht etwas von dem an, das man aus der europäischen Vergangenheit kennt: der Ruf nach dem starken Mann, der das blockierte demokratisch/politische System zunehmend ignoriert und von ihm unbeeinflusst, die technisch besten Lösungen durchsetzt; und der dafür sorgt, dass »Züge pünktlich verkehren«?

BUNDESSTAATLICHKEIT WIRD KRITISIERT

Viele der umlaufenden Vorschläge betreffen den bundesstaatlichen Charakter des österreichischen politischen Systems. Kritisiert wird die Bundesstaatlichkeit als allzu aufwendig und nicht wirklich nützlich. Gelegentlich zieht man daraus den radikalen Schluss, die Bundesländer überhaupt abzuschaffen, oder deren Anzahl zumindest zu verringern und Gemeinden zu Großgemeinden zusammenzulegen. So diese nicht ohnehin von vornherein an massivem Widerstand scheitert, würde die Realisierung solcher Projekte zu einer weiteren Entfremdung zwischen Bürgern und Politik beitragen. Glaubt irgendjemand der mit der Mentalität der Vorarlberger vertraut ist, dass sich diese durch Innsbruck vertreten fühlen könnten; oder Kärntner durch Graz?

Die politischen Kulturen der einzelnen österreichischen Länder sind grundverschieden und Bürger identifizieren sich stark mit ihren Ländern und Gemeinden. Die politische Tragfähigkeit und Effizienz dieser Anbindung bleibt allerdings weitgehend ungenützt, denn im Grunde ist diese österreichische Bundesstaatlichkeit nicht zu stark, sondern zu wenig ausgeprägt.

Österreich hat neun Bundesländer. Die im Vergleich zu Österreich kleinere Schweiz hat demgegenüber 26 Kantone. Jeder von diesen genießt eine breitere Autonomie als die österreichischen Bundesländer. Sehr autonom sind Kantone insbesondere in der Gestaltung ihrer Einnahmen. Zwischen den einzelnen Kantonen gibt es daher gewaltige Unterschiede in der Höhe der Einkommenssteuer. Jeder Kanton kann so in politischer Eigenverantwortung die Höhe und Struktur seiner Steuern bestimmen und sie den jeweiligen Bedürfnissen und der jeweiligen politischen Kultur anpassen. Nicht so die österreichischen Bundesländer[2].

Die Landeskaiser genießen das Privileg, die Verantwortung für die Festlegung und Einhebung von Steuern fast vollständig auf den Bund abwälzen zu können, und zusätzlich das Privileg, sodann über die von ihnen vom Bund (im Zuge des Finanzausgleichs) zugeteilten Mittel nach eigenem Gutdünken als großzügige Gönner verfügen zu dürfen. Sie entziehen sich damit fiskalischer/politischer Verantwortung und schwächen dadurch die Demokratie.

Jedenfalls würde nicht bloß eine solch fiskalische, sondern darüber hinaus auch eine allgemeine stärkere Föderalisierung von Gesetzgebung und Verwaltung dem Auseinanderklaffen zwischen Bürgern und Politik entgegenwirken. Diese *Reföderalisierung*[3] könnte durchaus kostenneutral sein, vorausgesetzt dass dabei Doppelgleisigkeiten vermieden bzw. beseitigt werden; und alle Möglichkeiten der Informationstechnologie und der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern ausgeschöpft werden.

GLOBALISIERUNG

Gegen eine solche politische Aufwertung von Bundesländern und Gemeinden spricht aber anscheinend die Tatsache, dass sich im Zuge der Globalisierung der Schwerpunkt für politische Entscheidungen nicht nach unten hin verlagert – eben hin zu Gemeinden und Bundesländern; sondern vielmehr über die Bundesebene hinaus weiter nach oben hin zu globalen Institutionen wie dem Weltwährungsfonds; und in besonders hohem Maße hin zu den Organen der Europäischen

2. Die vom Finanzministerium gegen eine stärkere fiskalische Föderalisierung vorgebrachten Argumente scheinen wenig stichhaltig: was in der kleineren Schweiz mit ihren 26 Kantonen möglich ist, sollte auch im größeren Österreich mit seinen neun Bundesländern möglich sein
3. Eine Stärkung des Föderalismus würde die formale Verfassung auch stärker an die Realverfassung angleichen. In der realen Verfassung sind »Landeskaiser« politisch dominierend. Sie haben breiten Einfluss auf die Zusammensetzung der Bundesregierung . Sie können Gesetzesvorhaben mit einem faktischen Veto blockieren. Mit der »Landeshauptleute-Konferenz« verfügen sie über ein de facto gesetzgebendes Organ; und sie sind es, die in den meisten Fällen auch das letzte Wort haben in Bezug auf Kandidatenlisten, Wahlterminen und bei der Bestellung der Bundesparteispitze.

Union. Die weit verbreitete Demokratiemüdigkeit scheint ja auch darin begründet, dass für die Lebenswelt von Bürgern wichtige Entscheidungen fernab von ihnen und von ihnen nur schwer nachvollziehbar und kontrollierbar in internationalen und europäischen Gremien getroffen werden.

POLITISIERUNG

Notwendig ist daher eine verstärkte Politisierung der in der EU getroffenen Entscheidungen durch eine direktere Einbindung in die Prozesse nationaler Politik. Verstärkt zu politisieren wären darüber hinaus auch die in weltweiten Einrichtungen getroffenen Entscheidungen – zum Beispiel solche in der OECD und im Weltwährungsfonds/IWF. Im IWF wird über die Zukunft des weltweiten Geldsystems beraten und über Maßnahmen zur Bekämpfung der Welt-Finanzkrise; über Maßnahmen also, von denen Österreicher zutiefst und teilweise auch sehr spezifisch betroffen sind (– etwa in Zusammenhang mit der starken Präsenz österreichischer Banken in Ungarn und in anderen zentral/osteuropäischen Ländern).

Diese Entscheidungen werden in Österreich von keiner entsprechenden politischen Diskussion begleitet; ja in vielen Fällen sind sie nicht einmal transparent. Das Rad der Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung kann man nicht zurück drehen. Im Großen und Ganzen hat Österreich von diesen Entwicklungen ja auch gewaltig profitiert. Aber zugleich wird Demokratie wird in Österreich dadurch geschwächt, dass diese Prozesse nicht hinreichend durchleuchtet, verständlich gemacht und politisiert werden.

Ließe sich die schleichende Anämie der Demokratie dadurch kurieren, dass man Bürgern unter Umgehung ihrer gewählten Repräsentanten mehr direkten Einfluss auf politische Entscheidungen gewährt? Solche *direkt-demokratische Methoden* mögen politische Feudalherren gelegentlich hellhöriger machen. Gelegentlich vermögen sie auch, den Wall gegenseitiger politischer Blockierungen aufzubrechen.

Im großen Zusammenhang betrachtet sind die Werkzeuge der direkten Demokratie aber nur dann nützlich, wenn sie sparsam verwendet werden. Sie werden gefährlich und schädlich, wenn sie sich, breit angewandt, für die Tätigkeit der gewählten Mandatare substituieren. Sie entlassen diese nämlich aus einer Verantwortung, für die zu tragen sie gewählt wurden; und für welche diese gewählten Mandatare Rückhalt in einem gewaltigen und fachkundigen administrativen Apparat finden, auf den einfache Stimmbürger keinen Zugriff haben.

Diese Entlassung aus Verantwortung ist gewählten Mandataren keineswegs unangenehm. Politisch kostspieligen Entscheidungen können sie dadurch ausweichen. Das isoliert sie nur noch weiter von den Wählern und verstärkt ihre demokratieschädigende politische Farblosigkeit. Im Schnitt würde also ein starker Ausbau der direkten Demokratie (durch häufige Volksbefragung und Volksentscheid) den Prozess der Entfremdung zwischen Mandataren und Wählern nicht hemmen, sondern vielmehr beschleunigen.

PROBLEMATISCHES MEHRHEITSWAHLRECHT

Problematisch ist auch der Vorschlag, das geltende Listenwahlrecht gegen ein *Mehrheitswahlrecht* einzutauschen. In einem Mehrheitswahlrecht gewinnt in jedem Wahlkreis jeweils nur jener Kandidat, der dort eine – auch bloß relative – Mehrheit der Stimmen erringt, während die übrigen Kandidaten leer aus gehen und die für sie abgegebenen Stimmen also verloren selbst dann sind, wenn sie sehr zahlreich waren.

Ein solches Wahlrecht würde klare Parlamentsmehrheiten schaffen. Es würde auch das Entstehen eines Zwei-Parteien-Systems begünstigen. In Anbetracht der beträchtlichen Reibungsverluste und der notorischen Entscheidungsschwäche bisheriger Koalitionsregierungen scheint das – fürs erste – eine durchaus erwünschte Folge. Regierungsparteien hätten ein klares Mandat und die Opposition ebenso die Möglichkeit, sich klar dagegen zu profilieren.

Aber die Zahl der unterschiedlichen politischen Strömungen, Interessen und Ideologien würden dadurch nicht auf bloß zwei reduziert. Diese Vielfalt würde sich dann bloß unter das breite und undurchsichtige Dach dieser beiden neuen Großparteien flüchten; und dort unbeeinflusst und unkontrolliert von Wählern weiter wirken. In einem System des Listenwahlrechts mit – sagen wir – sechs im Parlament vertretenen Parteien, kann sich ein Wähler für jene unter diesen sechs Parteien entscheiden, welche seinen Wünschen am ehesten entspricht.

Gäbe es nur zwei Parteien, so wären seine Wahlmöglichkeit beschränkter. Tauscht man also das Listenwahlrecht gegen ein Mehrheitswahlrecht, so tauscht man damit den Anschein einer leichteren Entscheidungsfindung gegen einen Verlust an Demokratie. Das ist kaum ein Rezept, um die wachsende Distanz zwischen Bürgern und Politik zu überwinden.

Überhaupt sollte man sich hüten, Demokratieschwund damit zu begegnen, dass man die politische *Rolle der großen Parteien* schwächt; etwa durch vermehrte Anwendung direktdemokratischer Einrichtungen und Verfahren; oder durch den Übergang zu einem Mehrheitswahlrecht mit einer entsprechenden Reduktion in der Zahl von Parteien und einer Minderung des politischen Pluralismus.

ZEITFREMD UND DYSFUNKTIONAL?

Diese Warnung mag überraschen, denn traditionelle Parteien scheinen auf dem Weg in Bedeutungslosigkeit. Warum sollte man diesem Prozess Einhalt gebieten und Parteien vielmehr stützen und stärken? Die Zahl der Parteimitglieder schrumpft allen Ortens. Die alten Rituale und Operationsmethoden dieser Parteien wirken zeitfremd und dysfunktional. Als Träger politischer Kommunikation von unten nach oben und von oben nach unten werden traditionelle Parteien durch die modernen Medien und insbesondere durch die modernen elektronischen Medien und Kommunikationsformen anscheinend in Irrelevanz gedrängt. Die elektronische Revolution hat auch das Entstehen von Gruppen erleichtert, welche sich um gewisse politische Anliegen scharen und die so gewaltiges politische Potential in einer Effektivität mobilisieren können, die von Massenparteien selten erreicht wird.

Am Status und der Wirksamkeit von traditionellen Parteien nagt auch die Erosion, welcher sie durch ihre Sklerotisierung und durch den oben beschriebenen Trend zu Oligarchie ausgesetzt sind. Man hat den Eindruck, dass sie zu bloßen Mehrheitsbeschaffungs-Maschinen verkommen sind. Weder die von der Parteispitze tatsächlich betriebene Politik noch die persönliche Zusammensetzung dieser Parteispitze wird von der »Basis« kontrolliert. Die Spitze rekrutiert und erneuert sich vielmehr ohne Zutun der »Basis« durch Kooption innerhalb einer in sich geschlossenen, engen Gruppe.

MASSENPARTEIEN UNVERZICHTBAR

Aber dennoch kann man auf Massenparteien nicht verzichten. Sie sind in allen Demokratien weiterhin nicht bloß wichtige, sondern sogar unersetzliche Einrichtungen. Ohne sie kann es keine echten Wahlen geben. Ohne ihre zumindest passive Unterstützung kann die politische Spitze nicht überdauern. Versinken Massenparteien in völlige Bedeutungslosigkeit, so wird auch die Besetzung der obersten staatlichen Organe der Zufälligkeit medial vermittelter Sichtbarkeit überlassen: Fernsehstars und Spitzensportler hätten die besten Chancen in Wahlen zu obsiegen.

Auch kann keine der heute so zahlreichen *Nicht-Regierungs-Organisationen* traditionelle Parteien in deren Funktion ersetzen. Nicht-Regierungs-Organisationen können wichtige politische Anstöße geben. Oft waren sie darin erfolgreich, Auswüchse und Fehlentwicklungen der offiziellen Politik zu kompensieren; neue Politikfelder zu öffnen; und Anliegen nach oben zu tragen, welche im traditionellen, parteidominierten politischen System blockiert waren. Was sie aber nicht können, ist all diese unterschiedlichen Anliegen zu einer in sich kohärenten Politik zusammenzufassen, die potentiell

4. Mit begleitenden Maßnahmen, welche den Wechsel vom Berufsleben in die Politik; und von der Politik ins normale Berufsleben erleichtern.

mehrheitsfähig ist. Das kann nur in den breit angelegten, traditionellen Parteien erfolgen.

INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE

Es wäre daher absurd, wollte man die Demokratie stärken, indem man sie von politischen Parteien wegrückt. Nicht den Parteien als solche müsste Einhalt geboten und Grenzen gesetzt werden, sondern vielmehr dem Prozess der Refeudalisierung und Sklerotisierung dieser Parteien, in welchem sie zunehmend zu bloßen Werkzeugen einer Oligarchie verkommen. Wichtigstes Instrument dabei wäre die Wiederherstellung *innerparteilicher Demokratie*; und dies insbesondere bei der Auswahl von Funktionären und Kandidaten. Um Positionen konkurrierende Kandidaten müssten sich nämlich durch unterschiedliche politische Positionen voneinander absetzen und es würden in diesem Prozess mit den jeweils erfolgreichen Kandidaten zugleich auch jene politischen Inhalte nach oben getragen, welche die breiteste Zustimmung finden.

Mittel zur Stärkung einer solchen innerparteilichen Demokratie wären:

- durchgehend geheime Abstimmungen in Parteigremien
- Für jede Position zwingend zumindest zwei konkurrierende Kandidaten, die offiziell als gleichwertig positioniert werden;
- innerparteiliche (und durch die Nutzung moderner Medien verstärkte) Öffentlichkeit für eine zwangsweise vorgeschriebene Debatte unter diesen konkurrierenden Kandidaten;
- Beschränkung der Parteifinanzierung hauptsächlich auf eine Eigenfinanzierung und eine nicht allzu hohe zusätzliche Finanzierung aus öffentlichen Kassen; bei einer drastischen bis vollkommenen Einschränkung der Parteienfinanzierung durch außenstehende Personen, Gruppen oder Unternehmen;
- Begrenzung der Funktionsperiode politischer Mandatare (ausgenommen Bürgermeister) auf jeweils zwei Legislaturperioden[4].

Die obigen Vorschläge bezwecken also:

- die politischen Entscheidungen dadurch stärker an die Bürger zu rücken, dass man den unteren administrativen Ebenen – den Gemeinden und Ländern – größere politische Verantwortung zuteilt,
- die auf europäischer und internationaler Ebene getroffenen Entscheidungen vermehrt zu politisieren, und zwar nicht bloß durch eine weitere Aufwertung des Europa-Parlaments, sondern auch durch einen stärkere Einbindung nationaler Parlamente,
- vor allem aber der Erstarrung und Feudalisierung der Großparteien durch Gegenstrategien einer innerparteilichen Demokratisierung entgegenzuwirken.

Würden diese Vorschläge aufgegriffen, so könnten sie einiges zur Überwindung von Demokratiemüdigkeit beitragen. Aber zugleich gehen all diese Vorschläge doch auch davon aus, dass Bürger durchaus bereit und in der Lage wären, sich politisch zu engagieren, und dass dieses Bestreben lediglich durch die Versteinerung und Refeudalisierung des politischen Systems blockiert bleiben. Aber leider ist das nur ein Teil des Problems und zwar der kleinere, denn es schwindet eben gerade diese Bereitschaft der Bürger, sich mit dem Gemeinwesen zu solidarisieren und sich in ihm politisch zu engagieren.

Die Sklerotisierung und Refeudalisierung der Politik ist nicht bloß durch das Verhalten eigensüchtiger politischer Eliten verursacht; sondern auch durch das Verhalten der Bürger ermöglicht, die sich von der Politik in Selbstgenügsamkeit, Eigenbrötlerei, Konsummaximierung und Egoismus verabschieden. Dem ist nur schwer beizukommen. Es ist das nämlich ein Prozess, der von der Eigendynamik wirtschaftlicher Entwicklung getrieben wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung und der steigende Wohlstand waren von einer wachsenden *Individualisierung* begleitet, bei der sich Personen zunehmend aus den Banden kollektiver Verbundenheit gelöst haben. Akzentuiert wurde diese Ent-

wicklung durch den Übergang von einem Konsum, durch den elementare Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnraum befriedigt werden, zu einem *kompetitiven Konsum*, mit dem gesellschaftlicher Status signalisiert wird.

Nun ist in der gesellschaftlichen Rangordnung die Zahl der oberen Positionen notwendiger Weise begrenzt. Wenn alle große Autos fahren, dann bringt der Besitz eines großen Autos keinen Statusgewinn. Man weicht dann also auf andere Gebiete aus, um dort den Wettlauf um Status fortzusetzen: auf die längeren Fernreise etwa oder die sichtbare Frequentierung exklusiver Restaurants. Das Ganze wird zu einem nie enden wollenden, ständig offenen Wettlauf, bei dem jeder gegen jeden konkurriert, und bei dem gesellschaftliche Solidarität verloren geht. Unwirsch reagiert man da auf politische Versuche, die Schärfe des Wettlaufs zu mindern und etwa jenen weiter unten den Aufstieg durch Zuteilung von Ressourcen zu erleichtern, denn das beeinträchtigt die Chancen, den eigenen Status zu erhalten.

Politik dient der Bewältigung von Aufgaben, die nur gemeinschaftlich bewältigt werden können. Sie hat demnach zur Voraussetzung, dass gemeinschaftliche Aufgaben als solche erkannt werden, und dass genügend gesellschaftliche Verbundenheit für gemeinschaftliche Anstrengungen vorhanden ist. Der kompetitive Konsum und die weitere Mehrung eines ohnehin schon hohen Wohlstands nagen nun an dieser Basis und machen sie zunehmend brüchig. Der Demokratie kommen die demokratisch gesinnten, solidarisch denkenden Bürger abhanden.

Das ist nun eine Entwicklung, der man nicht durch eine bloße Anpassung politischer Einrichtungen entgegnen kann. Auch ist es kaum möglich, die grundsätzliche Mechanik der von der Wirtschaft bestimmten modernen Gesellschaft zu ändern. Möglich ist es aber, in modernen Gesellschaften zumindest jenes Maß an Gemeinschaftlichkeit und Solidarität zu sichern, das schon zu ihrem schieren Fortbestand nötig ist; und das auch als Grundlage von Demokratie unabdingbar ist.

Man kann der Konkurrenz durch Konsum etwa dadurch an Schärfe nehmen, dass man dem Anreiz zu diesem Konsum weniger breiten Raum einräumt und die allgegenwärtige Werbung eindämmt. Es ist etwa nicht einzusehen, dass wichtige Medien wie das Fernsehen hauptsächlich im Wege über Werbung finanziert werden und öffentliche Plätze und selbst Baudenkmäler durch dominante Plakate geprägt und verunstaltet werden. Es ist nicht vorausbestimmt, dass das System der billiger verwalteten und wirksameren Pensions- und Gesundheitsvorsorge durch die aufwendigeren und weniger wirksamen privaten Vorsorge verdrängt wird; oder ein System recht guter öffentlicher Schulen durch ein System in welchem private Erziehungseinrichtungen dominieren.

GEMEINSCHAFTLICHKEIT AKTIV FÖRDERN

Es bringt keinen sichtbaren Vorteil und viele offensichtliche Nachteile, in Ballungsräumen den öffentlichen Verkehr durch die Privatheit des individuellen Autoverkehrs zu ersetzen. Wachsende Ungleichheit in Einkommen und Vermögen bringt neben vielen gesellschaftlichen auch wirtschaftliche Nachteile. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese wachsende Ungleichheit geduldet oder sogar gefördert werden soll. All diese Maßnahmen berühren und schädigen nicht den grundsätzlichen Mechanismus der wirtschaftlich bestimmten modernen Gesellschaften. Sie bremsen aber die Entsolidarisierung und die Vernichtung von Gemeinschaftlichkeit. Über solche Defensivstrategien könnte man aber hinauslangen, indem man die Erhaltung bestehender und das Entstehen neuer Gemeinschaftlichkeit aktiv fördert. Ein Mittel dazu wurde oben beschrieben.

Dort wo dies möglich ist, könnten politische Prozesse wieder hin zu einer unteren Ebene und etwa hin zu Gemeinden verlagert werden; also hin zu kleineren Gruppen, in denen Solidarität und Gegenseitigkeit direkter erlebbar wird. Dem Ziel dient auch der Ausbau gemeinschaftlicher Kultur- und Erholungseinrichtungen; Würde und Mitbestimmung am Arbeitsplatz; die Aufwertung der Städte durch die Bereitstellung von ausreichendem und gut frequentiertem öffentlichem

Raum; Maßnahmen gegen die Ent-Solidarisierung der Generationen (etwa durch Pensionsreform und generationsgemischtes Wohnen) und durch viele andere Maßnahmen, die denkbar und möglich sind, ohne dass durch sie wirtschaftliche Dynamik zum Erliegen kommt.

Vor noch nicht allzu langer Zeit hatte man in Demokratien etwas selbstbewusst und arrogant prophezeit, dass diese immer breitere Akzeptanz finden würden; dass sie sich zugleich auch konsolidieren und vertiefen würden. Heute herrscht da Ernüchterung. Man muss erkennen, dass Demokratie vielerorts und auf mannigfache Weise schwächelt und erodiert. Das kann ein Ausmaß erreichen, das ihre Fortdauer überhaupt in Frage stellt. Gegenmaßnahmen und eine »Schubumkehr« sind notwendig.

THOMAS NOWOTNY
ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970 – 1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983 – 1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität.

HERINNERINGSALTAAR, HEJLEH, METAAL, GIPS, GLAS EN MIXED MEDIA. 2005, MONIR FARMANFARMAIAN (1923)

© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Zwei auf einen Streich

Heinz Kienzl setzt sich unter kritische Bezugnahme auf zwei Beiträge von Michael Amon und Beat Weber in ZUKUNFT 11/2011 mit der Rolle der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert und der Bedeutung von Wirtschaftswachstum und Europäischer Union auseinander.

Michael Amon und Beat Weber haben im November-Heft der Zukunft einige ungeordnete Gedanken zu Papier gebracht und so nehme ich mir die Freiheit, ihre Thesen auch in ungeordneter Form zu diskutieren. Für einen Autor, der in einem Diskussionsorgan einen Aufsatz publiziert, und die Zukunft sollte ja ein Diskussionsorgan sein, kann es nichts betrüblicheres geben als Leser, denen seine Gedanken keine Würdigung wert sind, sodass sie sie auch nicht kritisch beleuchten.

Beginnen wir also mit der »Verlust der Unschuld«. Vor dem Beginn des I. Weltkriegs veranstalteten die deutschen Genossen eine Konferenz, zu der sie auch Viktor Adler einluden. Da ging es um die Kriegskredite, um die Zustimmung der Sozialdemokraten, nachdem auch tatsächlich, oder gerüchteweise, so genau weiß ich es nicht, verkündet wurde, dass die russische Armee in Deutsches Reichsgebiet eingedrungen sei. Natürlich waren die Massen aufgebracht und Viktor Adler unterstützte die Position der Partei und sagte: »Wenn die Arbeiter den falschen Weg gehen, müssen wir mit ihnen gehen, um sie dann wieder auf den rechten Weg zu führen!«

Eine Parole, gut für die Teilnahme an einer sinnlosen Demonstration, aber eher nicht passend für einen Waffengang. Otto Bauer, der immer eine Rechtfertigungsstrategie bei der Hand hatte, entwickelte daraus die später so vereinfachte Formel: »Lieber mit den Massen irren, als gegen die Massen Recht behalten!« Er formulierte allerdings: »Lieber mit den Arbeitern irren, als gegen die Arbeiter Recht behalten!«

Schlimm war auch ein anderer Fehler, den die deutschen Genossen uns einbrockten, als sie anfangs der Wirtschaftskrise die Parole ausgaben: »Wir wollen nicht Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein!« Bekanntlich hat eine anderer die Führung der Arbeiter übernommen und ihnen gezeigt, hier geht es lang. So werden wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so werden wir Deutschland vom internationalen Kapital befreien, so werden wir wieder Deutschland zu einer Weltmacht machen! Dass der Wegweiser in den II. Weltkrieg führte, ist eine andere Sache, aber der Unschuldsverlust durch Absentieren von Problemlösungen sollte auch heute und in der Zukunft beachtet werden.

Natürlich war es ein Unschuldsverlust der Arbeiterbewegung überhaupt, dass sie sich gespalten hat und damit Hitler den Weg an die Macht erleichterte.

GEGEN DIE MASSEN

Wenn wir nun die Parole »Lieber mit den Massen irren« auf den österreichischen Prüfstand stellen, landen wir in den 30er Jahren, als die Massen Hitler zujubelten und nur wenige Gegner gegen die Massen recht behalten wollten. Es wurde zwar die Parole »Hitler bedeutet Krieg« ausgegeben, aber die Masse glaubte es nicht. Auch Karl Renner war hinsichtlich des Anschluss sehr gespalten. Er hat vielleicht mit seinem Ja zum Anschluss Austerlitz und Ellenbogen vor dem KZ bewahren wollen oder sich selbst, aber wie auch immer, hier hat wieder einer mit den Massen geirrt.

Als Gegenbeispiel darf ich Johann Böhm anführen, der in den späten 40er Jahren, ganz entgegen der Meinung der Massen, die Parole »Wir müssen zuerst produzieren, dann können wir erst konsumieren!« ausgab. Dass ein solches, auch gegen die Massen Stellung zu nehmen, sich bewähren kann, hat die Entwicklung der österreichischen Wirtshaft gezeigt und zehn

Jahre nach Böhms harter Festlegung der Linie der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung, sagten jene, die ihn seinerzeit kritisiert hatten: »Eigentlich hat der Böhm Schani ja doch recht gehabt!«

Der viel längere Teil der Kritik an der Sozialdemokratie zielt auf die Anpassung an die Globalisierung, den Marktfundamentalismus die Europäische Union und ihre Irrungen und Wirrungen. Nebenbei muss ich mich gegen die Formulierung wenden, dass das 20. Jahrhundert ein sozialdemokratisches war. Zwei Weltkriege, ein Korea-Krieg und der bolschewistische Imperialismus sind sozialdemokratische «Fußabdrücke«? Wenn es eine sozialdemokratische Ära in einigen Kleinstaaten gab, z. B. die Jahre etwa von 1965 bis 1995, kann das nicht als Charakteristikum eines ganzen schrecklichen Jahrhunderts gelten. Aber doch als ein Beweis dafür, dass auch in einem kleinen Land bei günstigen Umweltverhältnissen doch eine ganz schöne sozialistische Ära zustande gebracht werden kann.

Was nun die Europäischen Union anbelangt, so gilt für sie der allerdings anders gedachte Spruch der Margareth Thatcher »TINA– There is no alternative!« Die EU ist ein *work in progress*, man hat bisher die Wirtschaft als Motor gewählt und es ist bisher ganz gut gegangen. Vielleicht darf man als Orientierungshilfe ein anderes Zitat einbringen. Churchill sagte: »Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, aber alle anderen, die wir bisher versucht haben, waren viel schlechter!«

Also, was immer wir in Europa seit dem Ende der Napoleonischen Kriege versucht haben, es war viel schlechter als die so schlechte Europäische Union. So zeigt ein Rückblick in das 20. Jahrhundert wie Recht Churchill hatte und das kann auch für die Europäische Union gelten. Natürlich bleibt es jedem unbenommen, sich eine bessere Lösung auszudenken. Man hat Monet angedichtet, er hätte gesagt: »Wenn ich noch einmal eine Europäische Union erfinden müsste, würde ich mit der Kultur beginnen!« Allerdings hat er bestritten, das gesagt zu haben. Wäre es besser ausgegangen, hätte man auf dieser Basis gebaut, auf Bürgerbewegungen, wo jeder glaubt, es müsse alles nach seinem Kopf gehen, als die Entwicklung den Managern zu überlassen, die mit technokratischen Methoden einige vernünftige Ziele zu erreichen versuchen? Nun gibt es manch kluge Kritik an der Europäischen Union über Bürokratie und die Führung durch viele Regierungschefs, die zwar im Weltmaßstab nur Zaunkönige sind, aber glauben die Weltentwicklung beeinflussen zu können.

DIE EU

Nicht sehen wollen manche, wie neue Wirtschaftsräume, neue und gewaltige politische Potenziale sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben und hier mag als einziges Beispiel China angeführt werden. Was die Aussteiger aus der Europäischen Union anbelangt, wer will denn mit den »Wahren Finnen« oder der FIDES oder den Flamands oder der Richtung von Le Pen gemeinsame Sache machen oder gar mit der FPÖ?

Also der *mainstream* in der Europäischen Union ist alles in allem, noch immer der Beste. Die Machthaber haben es zu einem Parlament gebracht, das ursprünglich überhaupt nicht vorhanden war. Es hat Delors, ein doch sehr sozialdemokratisch orientierter Politiker, die Vier Freiheiten der Europäischen Union aufgeprägt, unter ihnen wird die Reisefreiheit von den Europäischen Bürgern besonders geliebt. Manchmal erschrickt man, wenn man am Flughafen sieht, dass zwei Reihen gebildet werden und unter der einen steht »EU-Underdanen« und das wäre Holländisch gewesen. Die EU hat es auch zu einer gemeinsamen Währung gebracht, und das ist keine Kleinigkeit und gar nicht so leicht durchzustehen, wie ich aus Erfahrung sagen kann.

Denn der gemeinsame Wechselkurs mit Deutschland oder genauer gesagt mit der D-Mark, war auch kein Spiel. Es wurde auch in der EU eine Zentralbank geschaffen und ein bedeutendes Wirtschaftswachstum ergab sich. Das ist unbestritten eine bessere Bilanz, als die der streitenden Nationalstaaten in der ersten Hälfte des schrecklichen Jahrhunderts mit 50 Mil-

lionen Toten und zehnmal so vielen Verwundeten und Kranken. Freilich gibt es so manche Kopfgeburten, früher sagte man Modelle, einer besseren Welt. Ich meine das gar nicht zynisch, sondern die Protagonisten des Verzichts, die Ökologiebewegung des *Club of Rome*, und viele andere, die uns warnen, so kann es nicht weiter gehen, führen uns doch nur in die Irre und haben schlechtere Lösungen als die Vertreter der Europäischen Union anzubieten.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Zugegeben werden muss wohl, dass wir die Lösung unserer Probleme vorwiegend im Wirtschaftswachstum suchen. Mit Recht wird behauptet, es wird kein ewiges lineares Wachstum geben, aber ein lineares Wachstum gab es auch nie. Die Entwicklung in England gibt ein gutes Beispiel dafür, dass das Wachstum immer einen neuen Weg findet. Als im 17. Jahrhundert das Holz in England knapp wurde und auch der Schwarzwald kein Holz mehr zu liefern vermochte, wollten die Briten nicht erfrieren und verhungern, sondern gingen auf die Kohle auf Primärenergieträger über. Als der Nebel in London gelb und giftig wurde, ging man zum Koks über. Als Kohle überhaupt knapp wurde, trat ihre Stelle das Erdöl. Und so mag der Umstieg auf Erdgas als Vorsichtsmaßnahme gelten.

Ein anderes Beispiel gefällig? Als die Felder im Mittelalter immer weniger ertragreich wurden, erfand man den Fruchtwechsel und den Naturdünger. Als auch das nicht mehr ausreichte, erfand Liebig den Kunstdünger. Jetzt entwickeln wir die grüne Gentechnologie, damit die Erde einmal auch acht Millarden Menschen ernähren wird können. Wissenschaft und Technik haben die Anpassung des Homo sapiens und damit sein Leben unter veränderten Bedingungen und damit auch unter veränderten klimatischen Bedingungen ermöglicht. Wir müssen nicht fürchten, dass Engpässe nicht aufgebrochen werden können und »ein Kampf alle gegen alle« daraus resultiert.

Auf das aktuelle Diskussionsniveau herunter gebrochen, müssen wir nicht das Heil in der Umverteilung des vorhandenen Sozialproduktes suchen. Bisher konnten wir die gesellschaftlichen Konflikte, die bei Umverteilungsversuchen unvermeidlich sind und verheerende Ausmaße annehmen können, durch Zuwachs des Sozialprodukts verhindern.

An anderer Irrweg der Sozialdemokratie: In den 80er Jahren nahm sie viel von der Ideologie der Apokalyptiker, der Wachstumsskeptiker und der Endzeitpropheten in ihre tägliche Politik auf. Ohne bei ihren Wählerschichten freudige Zustimmung zu ernten.

Worauf wir uns einstellen müssten, gesellschaftliche Veränderungen kommen, sie werden nicht erdacht, Auswege sucht man, sie können nicht mit gesamtgesellschaftlichen großen Modellen gefunden werden. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen. Und so müssen wir auch die Europäische Union weiterentwickeln

Abschließend zur EU ein gewagtes aber wie ich glaube passendes Gleichnis: »Die Europäische Union gleicht einem Besoffenen. Sie taumelt hin, taumelt her, stolpert, fällt hin, steht wieder auf, aber sie kommt doch ans Ziel. Denn ihr Dackel führt sie!« Der Dackel ist nun einmal die Bürokratie, die das Werkel zusammen hält.

HEINZ KIENZL
war Generaldirektor und Vizepräsident der ÖNB und ist Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS).

VOOROUDERBEELD MET SCHEDEL, CENDRAWASIH BAAI, PAPUA, INDONESIË, 19E EEUW
© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

MAUSOLEUM VAN BIBI JAWINDI IN UCH SHARIF, PAKISTAN, 15E EEUW

© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

KOP VAN EEN VORSTELIJKE VERBRANDINGSSTIER, BALI, 20E EEUW
© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Untoter Neoliberalismus

Nach seiner berühmt gewordenen Zeitdiagnose »Postdemokratie« stellt der britische Politikwissenschafter Colin Crouch in einem neuen Essayband die Frage, warum der Neoliberalismus die Krise so unbeschadet überstehen konnte. Armin Puller diskutiert einige zentrale Thesen des neuen Buchs.

Mit seinen 2004 erstmals (und 2008 auch in deutscher Sprache) veröffentlichten Thesen über den Status der Demokratie produzierte Colin Crouch den meistgelesenen politischen Essay der letzten Jahre. Die Charakterisierung gegenwärtiger westlicher politischer Systeme als »postdemokratische« Gemeinwesen, in denen die öffentliche Debatte nur mehr eine relativ bedeutungslose Bühne für unterschiedliche konkurrierende PR-Teams darstelle, während die realen politischen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen von Regierungen und Eliten im Dienste von Wirtschaftsinteressen getroffen werden, traf in den Augen vieler ins Schwarze und konnte Erklärungen für eine Reihe neuerer politischer Phänomene liefern: die sinkende politische Beteiligung, die Aushöhlung demokratischer Institutionen, die wachsende Macht von Wirtschaftseliten bis hin zum Aufstieg der politischen Rechten.

Crouch brachte dabei die postdemokratischen Tendenzen mit der Bedrohung des Sozialstaats durch neoliberale Politiken in Zusammenhang: »Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zuläßt, daß diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen.« (Crouch 2008: 29f.). Zur Bekämpfung postdemokratischer Zustände empfahl Crouch vor allem (i) die Zurückdrängung von ökonomischen Eliten und von Unternehmenseinfluss auf die Politik, (ii) die Entkoppelung von Parteien und Unternehmenslobbys durch Unterstützung politischer Kräfte, die von außen Druck auf Parteien machen, sowie (iii) die politische Mobilisierung neuer kollektiver Identitäten, die bisher politisch wenig repräsentiert wurden und sich daher außerhalb der üblichen politischen Partizipationsformen engagieren.

In seinem neuen Essayband aus Beiträgen über die Krisendynamik, politischen Diagnosen über Konzernmacht und Wandlungen des Neoliberalismus widmet sich Crouch nun insbesondere dem »befremdliche[n] Überleben des Neoliberalismus« und setzt die bisherigen Fragestellungen fort. Infolge der Krise gelang dem Neoliberalismus – der ja nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers sogar von führenden Finanzmagazinen totgesagt wurde – nämlich nicht nur das einfache Überleben, sondern sogar eine Stärkung. Crouchs Fazit lautet: »Was bleibt nach der Finanzkrise vom Neoliberalismus? Die Antwort: so gut wie alles. Die wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die hinter dieser Agenda stehen, sind zu mächtig, als daß ihre Vorherrschaft ernsthaft ins Wanken gebracht werden könnte.« (Crouch 2011: 246). Statt Kürzungen und Regulierungen bei Banken und Märkten vorzunehmen, verbünden sich Markt, Staat und Großkonzerne zur allumfassenden Austeritätspolitik, die ohne Rücksicht auf Verluste (Wachstum und soziale Sicherheit) Staatsausgaben als Übel der Gegenwart definiert.

UNSTERBLICHKEITSKRÄFTE

Neben der gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung des Finanzsektors liegt eine wesentliche Ursache für die Unsterblichkeit des Neoliberalismus in seiner Flexibilität. Abseits vom obersten Credo des Neoliberalismus – die Kräfte des freien Marktes dürfen nicht vom Staat oder gar von Gewerkschaften behindert werden – bestehen viele Spielarten. Crouch hebt dabei hervor, dass innerhalb der neoliberalen Ideologie große Verschiebungen stattfanden: Relativ unbemerkt wanderte ab den 1980er Jahren der Fokus von der Wahlfreiheit der KonsumentInnen auf dem Markt (der ja aufgrund keynesianischer Politiken von staatlichen »Zwangsangeboten« verseucht war) zum Thema der Wohlstandssicherung und -vermehrung

durch (von Großkonzernen gewährleistete) sinkende Preise. Dies ist insofern von Wichtigkeit, als damit nicht mehr der Wettbewerb und die Vielfalt von Marktanbietenden im Zentrum stehen, sondern die Tätigkeit von Großkonzernen bejubelt wird.

Crouch zeigt detailliert auf, wie sich auf diese Weise die neoliberale Theorie über die Vollkommenheit des (freien) Marktes vom »real existierenden Neoliberalismus« (der Großkonzerne) entfernte. Abseits von der leichten Widerlegbarkeit der absurden Behauptung, der (völlig inhomogene) private Sektor könne im Gegensatz zu staatlichen Dienstleistungen grundsätzlich als effizient und kundenfreundlich bewertet werden, blendet die neoliberale Theorie zentrale Existenzbedingungen des Marktes aus, die eine Abwesenheit von jeglicher Regulierung unmöglich machen: (i) viele Güter sind nicht vergleichbar, weil sie keinen Preis haben (von öffentlichen Gütern über Gesundheit bis hin zu gesunder Umwelt), (ii) nicht alle Anbietenden und Nachfragenden haben gleichen Zugang zum Markt (da es ihnen an materiellen Ressourcen mangelt), (iii) nicht immer finden ausreichende Transaktionen statt (vor allem im Bereich der privatisierten Dienstleistungen), (iv) nicht alle Marktteilnehmenden verfügen über optimale Informationen (wie nicht zuletzt die »toxischen Papiere« auf dem perfektesten aller Märkte – dem Finanzmarkt – bewiesen), (v) Marktmacht und politische Macht sind verflochten (durch Lobbyismus, private Spenden, personelle und strukturelle Überschneidungen, Public Private Partnerships, New Public Management etc.).

Während in der Theorie die Entflechtung von Staat und Unternehmen beworben wird, zielt die politische Praxis des Neoliberalismus nur auf solche Verflechtungen ab, in denen Privatunternehmen noch nicht dominieren. Wenn Unternehmen den Staat beeinflussen, um sich etwa auf dem Markt Vorteile zu verschaffen, dann sehen Neoliberale keine Probleme – schädliche Verflechtungen sind nur solche, in denen der Markt Regulierungen ausgesetzt wird. Der Neoliberalismus leugnet die schlimmsten Formen des Marktversagens, nämlich jene, »welche die unverhältnismäßige Konzentration von Wohlstand befördern, da sie sowohl den Markt als auch die Demokratie unterhöhlen.« (Crouch 2011: 77)

KONZERNMACHT

Debatten über Neoliberalismus sind immer noch von einer einfachen Dichotomie von Markt und Staat geprägt. Dabei besteht die Gefahr, einen wesentlichen Akteur des Geschehens eher auszuklammern: den Großkonzern, der bisher einfach dem Markt zugeordnet und daher in seiner Wirkmächtigkeit verkannt wurde. Dabei verhält es sich Crouch zufolge so, dass der Neoliberalismus gar nicht so sehr die freie Marktwirtschaft als vielmehr die Großkonzerne und Banken sowie ihren politischen Einfluss begünstigt. Entgegen neoliberalen IdeologInnen sind diese Konzerne weder der Souveränität der VerbraucherInnen noch dem freien Markt ausgeliefert: Probleme auf dem Markt werden einfach durch politischen Einfluss wettgemacht. Im Bereich der Banken – denen im Rahmen der Finanzkrise aufgrund ihrer Größe die »Systemrelevanz« ausgesprochen wurde – bilden die bedingungslosen Bankenpakete die Versicherung, dass der Staat zur eventuellen Bankenrettung sogar den öffentlichen Dienst zu kürzen bereit ist. Viele ÖkonomInnen schlagen deshalb bereits Alarm, da die von Banken eingegangen Risiken nach der Krise sogar noch höher geworden sind.

An Beispielen für politische Macht von Konzernen mangelt es Crouch nicht. Zur Bekämpfung etwa von Obamas Gesundheitsreform oder der Nahrungsmittelkennzeichnung in der EU setzten Konzerne schier unglaubliche Ressourcen ein (von Heerscharen an LobbyistInnen bis hin zu Materialschlachten und Bestechungen) – und hatten Erfolg: Obama musste die öffentliche Krankenversicherung absagen und brachte nur eine allgemeine Versicherungspflicht im Interesse der privaten Gesundheitsversorgung durch; die bessere Nahrungsmittelkennzeichnung in der EU wird künftig im Kleingedruckten versteckt.

Crouchs Szenario für die nächsten Jahre sieht angesichts mangelnder politischer Alternativen von Parteien düster aus: »Wahrscheinlich wird sich daher ein System etablieren, in dem Großunternehmen dominieren […]. Die Politik wird eine Rückkehr zum Kreditboom als den besten Weg betrachten, die Nachfrage anzukurbeln, und zugleich mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes fortfahren. Deshalb wird sie geneigt sein, der Finanzbranche nachzugeben, wenn diese eine Lockerung der Vorschriften fordert. Zudem werden sich manche Staaten dazu verleiten lassen, ihre gesetzlichen Vorschriften zu lockern, um im Wettbewerb um die Ansiedlung von Finanzunternehmen die Nase vorn zu haben – eine Art Wettbetteln, in dem Unternehmen zweifellos in der mächtigeren Position sind.« (Crouch 2011: 171f.)

»PRIVATISIERTER KEYNESIANISMUS«

Um die Frage zu beantworten, warum überhaupt sich der Neoliberalismus trotz seiner offensichtlichen Zerstörungskraft so lange halten konnte, frischt Crouch die Analyse der Krisenprozesse der 1970er Jahre auf. Damals geriet Crouch zufolge die keynesianische Wirtschaftspolitik deshalb in die Krise, weil sie hohe Inflationsraten produzierte und die ArbeiterInnenklasse als soziale Basis des Keynesianismus ihren historischen Niedergang antrat. Die Stärke des Keynesianismus, der zeitweise die Interessen von Industrie und Gewerkschaften scheinbar versöhnte, war es, sowohl dem Kapital stabile Nachfrage als auch der arbeitenden Bevölkerung stabile Einkommensverhältnisse bieten zu können. Der Neoliberalismus dagegen, der vor allem von den an den Finanzmärkten orientierten Kapitalfraktionen getragen wird, weist eine innere Tendenz zu Instabilität, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen auf – wie war es dem Neoliberalismus also möglich, so lange dominant zu bleiben?

Crouchs Antwort auf diese Frage kulminiert im Begriff des »privatisierten Keynesianismus«: So wie neoliberale Politik Vermögende mit Märkten für Derivate und Terminkontrakte bediente, damit diese ihr Geld vermehren konnten, wurden BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen mit entsprechenden Kreditmärkten umsorgt, die ihnen die sinkenden Einkommen ausglichen. Die vormals staatsfinanzierte Wirtschaftsankurbelung (die auch den Ausbau und Erhalt sozialer Dienstleistungen ermöglichte) wandelte sich zur privatfinanzierten Anfütterung von Banken, Börsen und Finanzmärkten, über die der Neoliberalismus vor allem in den USA und in Großbritannien die alten Massenbedürfnisse befriedigen und integrieren konnte. Wirtschaftswachstum wurde so mittels »innovativen Finanzprodukten« generiert – die bspw. in den USA durch die Aufhebung der Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken 1999 und die plötzliche Öffnung normaler Bankeinlagen für Risikogeschäfte Aufwind erlangten.

Mit dem System ließ sich einige Zeit gut leben, da seine sozialen Folgen für die arbeitende Bevölkerung durch Kreditausweitung abgefedert wurden. In den 1990er Jahren bezogen sogar sozialdemokratische Regierungen den »privatisierten Keynesianismus« in ihre Strategien ein und verabschiedeten sich von den alten Losungen der Vollbeschäftigung, der sozialen Wohlfahrt und der steigenden Einkommen. Je länger die Finanzmarktprozesse aber sich selbst überlassen wurden, desto stärker entwickelte sich ein Schneeballsystem, in dem die Risiken kaum mehr überblickt werden konnten. Durch Verbriefung bündelten Banken die Risiken in Pakete, die aufgrund der (teilweise automatisierten) Beschleunigung des Finanzhandels weder von FinanzmarktanalystInnen noch WirtschaftsjournalistInnen durchschaut wurden, und verkauften sie immer weiter. Hier liegt Crouch zufolge die Achillesferse des Neoliberalismus: Entscheidend sind auf den Finanzmärkten nur die Preise eines Aktienpakets und ihre Bewerbung, nicht aber die Informationen über ihren Inhalt.

VERKÜRZUNGEN UND AUSBLENDUNGEN

Mit dem Begriff des »privatisierten Keynesianismus« gelingt Crouch zweifellos die Benennung eines wesentlichen Mechanismus neoliberaler Stabilität. Zugleich umfasst seine Krisenanalyse aber eine Reihe nicht unbedeutender Ausblen-

dungen, da sie (i) die Inflationsneigung des Keynesianismus in den 1970er Jahren überbetont und (ii) zur Erklärung der aktuellen Finanzkrise im Wesentlichen bei Prozessen auf den Finanzmärkten, die ja eher ein Effekt des neuen postfordistischen Wirtschaftsregimes ab 1973 darstellen, stehen bleibt. In beiden Fällen bleibt das Moment sozialer Kräfteverhältnisse – der neoliberale Kampf gegen die Gewerkschaften, der Kampf der Vermögensbesitzenden gegen die Lohnabhängigen sowie der Konkurrenzkampf um dominante Akkumulationsstrategien zwischen Kapitalfraktionen der Industrie und der Finanzmärkte – unterbelichtet bzw. eine Randerscheinung einzelner ökonomischer Mechanismen.

(i) Crouch legt nahe, die Fraktion des Finanzkapitals der 1970er Jahre hätte infolge eines Totlaufens des Keynesianismus, der aufgrund seiner Konjunkturmaßnahmen die Inflation angeheizt hätte, die Gunst der Stunde genützt (wobei die ohnehin angeblich demographisch schrumpfende ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen keine realen Gegnerinnen mehr abgaben). Nun ist es aber so, dass der (teilweise) massive Anstieg bei den Preisen weniger den Konjunkturprogrammen (oder gar staatlichen Ineffizienzen, die von Neoliberalen bewusst übertrieben werden) angelastet werden kann, sondern stärker mit der Erhöhung der Energiepreise und den verschärften Verteilungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit vor dem Hintergrund der Umbauprozesse in Richtung autonomisierter Geldpolitik (flexible Wechselkurse, beschleunigte Kapitalflüsse etc.) im Interesse der Vermögensbesitzenden zusammenhängt. Einen wesentlichen ökonomischen Hintergrund bildete auch die (bis heute fortbestehende) Überakkumulation des Kapitals, die zu permanenten Überkapazitäten, Stagnationstendenzen und Verwertungsproblemen führte, und das Kapital auf die Finanzmärkte drängen ließ, wo Investitionen als fiktives Kapital scheinbar (und immer noch) tragfähige Erfolge versprechen.

Die Krise des Fordismus ist allerdings nicht einfach eine ökonomische Krise des Keynesianismus, sondern stellt vielmehr auch eine politische »neokonservative Revolution« (Pierre Bourdieu) dar, die nach der erfolgreichen Niederringung der Gewerkschaften in Verteilungskonflikten und Arbeitskämpfen möglich war. Die Formulierung des »privatisierten Keynesianismus« hinkt etwas, da sie als wesentliche Triebkraft der Entwicklung zum finanzgetriebenen Kapitalismus die Verschiebung von Staats- zu Privatverschuldung präsentiert und die für die neuen Akkumulationsstrategien bedeutenden Politiken der Privatisierung oder des Standort- und Steuerwettbewerbs eher nachrangig behandelt.

(ii) Die Finanzkrise wurde zwar durch Prozesse auf den deregulierten Finanzmärkten ausgelöst (Spekulationsblasen im Immobiliensektor etc.), aber von einer Reihe struktureller Mechanismen, die bei Crouch kaum thematisiert werden, verursacht. Basierend auf der grundlegenden Problematik der Überakkumulation von Kapital, produzierte die finanzgetriebene Akkumulationsweise große soziale Ungleichheiten, die sich in den seit Jahrzehnten sinkenden Lohnquoten abbilden. Diese sind deshalb wesentliche Krisenursache, weil sie auf dem einen Pol der Gesellschaft riesige Vermögen anhäufen, die erst nur den Finanzmärkten zugeführt werden, und auf dem anderen Pol niedrige Einkommen ansammeln, die den Konsum dämpfen und die Nachfrage nach Krediten erhöhen. Crouchs alleinige Fokussierung auf die Deregulierung der Finanzmärkte problematisiert zwar einige fehlende öffentliche Interventionsnotwendigkeiten, nicht aber die Notwendigkeit, die Finanzmärkte drastisch zu reduzieren und die wachsenden sozialen Ungleichheiten endlich durch Steuerpolitik, steigende Löhne (die dem Produktivitätswachstum gerecht werden) und öffentliche Investitionen (in die soziale Infrastruktur) zu beseitigen. Eine Regulierung ohne drastische Reduktion würde an der Stellung der Finanzmärkte dagegen kaum etwas verändern.

WHAT IS TO BE DONE?

Crouchs Perspektive ist wenig ermunternd und geht von einem weiteren Bedeutungsschub der Finanzmärkte und ihrer

AkteurInnen aus, wenn auch unter geringfügigen Veränderungen in Richtung freiwilliger Selbstregulierung von Markt und Konzernen und strategischer Orientierung von Konzernen auf Corporate Social Responsibility. Im Dreieck von Markt, Großkonzernen und Staat ist kein Verlass mehr auf niemanden. Die Anrufung des Staates hält Crouch eher für sinnlos, »weil der Staat, in dem die Linke so lange ein Gegengewicht zur Macht des Marktes und der Unternehmen sah, heute zumindest auf seiten der Großkonzerne steht, ganz gleich, welche Partei gerade die Regierung stellt.« (Crouch 2011: 203)

Während Crouch den Parteien in »Postdemokratie«– neben grundsätzlichen Kritiken, wonach diese »heute Politik betreiben, [die] selbst Teil des Problems der Macht der ökonomischen Eliten geworden ist« (2008: 140) – noch eine wichtige Stellung im Kampf gegen postdemokratische Tendenzen und Konzernmacht attestierte, sieht er dieses Potential zwar immer noch als vorhanden, aber mittlerweile eher als erschöpft an. Druck auf Parteien von außen vermag es immer noch, Themen sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen zu befördern und Aufmerksamkeit zu erzeugen, jedoch sind die Kanäle zwischen Parteien und Zivilgesellschaft mehr denn je von den Verknüpfungen mit Unternehmen verstopft. Politisch engagierte BürgerInnen müssen deshalb auch andere Kräfte einbeziehen und an mehreren Punkten aktiv werden.

Was bleibt, sei also die Zivilgesellschaft – »alle Formen menschlichen Handelns, die über das Private hinausreichen, ohne auf die primären Organisationen zeitgenössischer Machtausübung, den Staat und das Unternehmen, zurückzugreifen.« (Crouch 2011: 214) Diese besteht neben Parteien auch aus den Kirchen, den Bürgerinitiativen, ehrenamtlichen Vereinen (Wohltätigkeitsorganisationen) und den Berufsverbänden (Berufsverbänden, nicht: Gewerkschaften) und wird grundsätzlich und politisch wenig differenziert als isolierter, positiver Gegenpol zur neoliberalen »Allmacht« bewertet. Offenkundig fehlt es Crouch hier an tiefergehenden Analysen über Machtverhältnisse innerhalb der sogenannten »Zivilgesellschaft« oder an Einschätzungen über gegenwärtige politische AkteurInnen dieser »Zivilgesellschaft«.

An diesen Stellen des Buches wird Crouch merkwürdig und banal, insbesondere da er keine Möglichkeiten sozialer Veränderung mehr erkennen kann: »Die Schlacht wird auf dem Feld der Moral ausgetragen, weil Konzerne und Staatsmacht dort angreifbar erscheinen […]. Moralische Werte sind schwache Waffen im Kampf gegen Geld und Macht, aber sie sind nicht wirkungslos.« (2011: 215) »Die Zivilgesellschaft wird desto stärker sein, je mehr sie […] den Staat und die Großkonzerne in Frage stellt und sie zwingt, an einem pluralistischen Dialog teilzunehmen, der sich ihrer alleinigen Kontrolle entzieht.« (2011: 240) Crouchs Antwort nach Möglichkeiten einer Alternative zum Neoliberalismus lautet mehr oder minder: Alternativen stehen einer absoluten Machtkonzentration gegenüber und sind daher chancenlos, nichtsdestotrotz kann »etwas getan« werden. – Vielleicht hätte Crouchs Antwort anders ausgesehen, wenn er den wachsenden Druck auf sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften durch ihre soziale Basis stärker in den Blick genommen hätte, statt die machtlose »Zivilgesellschaft« ins Zentrum zu rücken? Vermutlich würde dies keinen Grund für übersteigerten Optimismus liefern, jedoch Möglichkeiten eröffnen, die zielungerichtete Tätigkeit innerhalb der »Zivilgesellschaft« in eine reflektierte politische Strategie gegen den Neoliberalismus zu verwandeln.

FAZIT

Colin Crouchs Stärken liegen in seiner Charakterisierung des Neoliberalismus als einer flexiblen, praktischen Ideologie der Vermögensbesitzenden und AkteurInnen des Kapitals, die ihn eine spannende Ideengeschichte des Neoliberalismus zeichnen lassen, die vor allem ihre Inkonsistenz zwischen Theorie und Praxis bestechend darstellt. Mindestens genauso überzeugend zeigt Crouch auf, wie dem Neoliberalismus die Dominanz in den politischen Verhältnissen (inkl. in der Sozialdemokratie

des »Dritten Wegs«) und die Integration der (nun weggebrochenen) gesellschaftlichen Mittelschichten gelang. Dies sind bereits ausreichende Gründe, Crouch, dessen Thesen ein erfreuliches Gegengewicht zu den wieder mit gesteigertem Selbstbewusstsein auftretenden Apologeten des freien Marktes bilden, zu lesen. Einige Thesen über die Krisendynamik bedürfen zwar der kritischen Ergänzung, um gute politische Strategien gegen die finanzgetriebene Kapitalakkumulation als Verursacherin der Krise im Blick zu behalten, sind aber dennoch für die Bestandsaufnahme über den Neoliberalismus wertvolle Beiträge. Die Abwesenheit überzeugender politischer Strategien gegen den Neoliberalismus in Crouchs Buch stimmt nachdenklich und verweist auf die Dringlichkeit, das »befremdliche Überleben des Neoliberalismus« nicht länger zu hinzunehmen. Wenn dies nicht von der Sozialdemokratie geleistet wird, wer soll es dann machen?

Colin Crouch
DAS BEFREMDLICHE ÜBERLEBEN DES NEOLIBERALISMUS
edition suhrkamp
Berlin 2011
248 Seiten
20,50 Euro

ARMIN PULLER
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand
an der Universität Wien sowie Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

Literatur

Colin Crouch (2008): Postdemokratie; Frankfurt/M: Suhrkamp | **Colin Crouch** (2008b): What Will Follow the Demise of Privatised Keynesianism; in: The Political Quarterly, Vol. 79, No. 4, October-December 2008; 476-487 | **Colin Crouch** (2009): Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime; in: The British Journal of Politics and International Relations; Vol 11/2009; 382-399 | **Colin Crouch** (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus; Berlin: Suhrkamp | **Colin Crouch** (2011b): Das lange Leben des Neoliberalismus; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2011; 49-62

'HET STOELTJE IN DE HEMEL', VORMGEVER-FOTOGRAAF ANDREAS VERHEIJEN

© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

ASVERSTROOIING IN ZEE, BALI, 20E EEUW
© TROPENMUSEUM, AMSTERDAM

Demokratie, Schweiz & Iran

Paul Nolte
WAS IST DEMOKRATIE?

Die Demokratie ist ins Gerede gekommen – die Wahlbeteiligung schwindet, die Skepsis der Bürger gegenüber den Politikern nimmt zu. Regierungen wirken machtlos im Kampf um die Regulierung der globalen Finanzmärkte. Was aber meinen wir eigentlich, wenn wir von Demokratie sprechen? Kommt die Demokratie in einer globalen und multikulturellen Welt an die Grenzen ihrer Möglichkeiten?
C. H. BECK, 512 Seiten, 18,50 Euro

Joachim Gauck
FREIHEIT

Gauck hat hier seine Gedanken zu Freiheit und Demokratie zusammengefasst. Er spricht über die Möglichkeiten, die sich jedem Einzelnen eröffnen, wenn wir die Freiheit zu nutzen wissen. Sein Kernsatz lautet: »Wenn wir Freiheit gestalten wollen, gibt es nicht allzu viele Varianten. Ich jedenfalls kenne keine, die der westlichen Variante von Eigenverantwortung vorzuziehen wäre.«
KÖSEL, 64 Seiten, 10,30 Euro

Peter von Matt
DAS KALB VOR DER GOTTHARDPOST

Peter von Matt liebt die Schweiz. Mit Witz und kämpferischer Vehemenz wirft er aber auch einen kritischen Blick auf die Gesellschaft. Mit Hilfe der Literatur liest er Politik und Landsleuten seiner Heimat die Leviten. Dieses Buch führt uns vor Augen, dass und warum die Beschäftigung mit Literatur mitten ins Herz des Bewusstseins eines jeden Staatsbürgers trifft.
HANSER, 368 Seiten, 22,60 Euro

Michael Axworthy
IRAN

Der Autor unternimmt eine Reise durch die Geschichte dieses in Verruf geratenen Kulturlandes und lässt uns am Aufstieg und Niedergang der Dynastien genauso teilhaben wie an den Umwälzungen der Revolution 1979 unter Khomeini. An vielen Beispielen – wie etwa der der hochentwickelten Medizin und Astronomie oder der Setzung juristischer Begriffe – zeigt er die Vorreiterrolle des Iran.
KLAUS WAGENBACH, 347 Seiten, 25, 60 Euro

Siddhartha Mukherjee
DER KÖNIG ALLER KRANKHEITEN

Seit über 5000 Jahren lebt die Menschheit mit Krebs. Ebenso lange stirbt sie daran. Und doch gilt Krebs als eine »moderne« Erkrankung. Seine Geschichte gleicht einer Biografie: Es ist die Geschichte von Leid, Ideenreichtum und Beharrlichkeit aber auch von Arroganz und unzähligen Fehleinschätzungen. Siddhartha Mukherjee widmet sich seinem Thema mit Kenntnis und Passion.
DUMONT, 670 Seiten, 26,80 Euro

Kurt Langbein
RADIESCHEN VON OBEN

Kurt Langbein ist der bekanntesten Medizin-Journalist Österreichs und berichtete über das Leben und Sterben von Krebspatienten und über die Versuche der Wissenschaft, diese Krankheit zu besiegen. Dann kam ohne Vorwarnung die eigene Diagnose. Das Tagebuch der Monate der Verzweiflung und Zuversicht, des Kampfes ums Überleben gibt schmerzliche und hoffnungsvolle Einblicke in die Lage der Betroffenen.
ECOWIN, 216 Seiten, 21,90 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Natur, Stadt & eine Graphic Novel

T.C. Boyle
WENN DAS SCHLACHTEN VORBEI IST

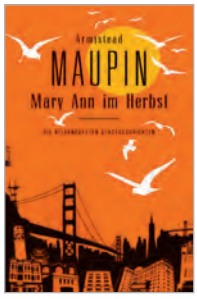
Soll man das Gleichgewicht des Ökosystems mit vielen Steuergeldern wiederherstellen – was zwangsläufig die Ausrottung mancher Tierarten bedeutet –, oder soll man um jeden Preis das Töten verhindern? T. C. Boyles apokalyptischer Roman handelt von der Ausbeutung der Natur durch den Menschen und den katastrophalen Folgen.
HANSER, 464 Seiten, 23.60 Euro

Marion Brasch
AB JETZT IST RUHE

Die jüdischen Eltern, die sich im Exil in London kennenlernten, gründeten die Existenz ihrer jungen Familie in Ostberlin, wo der Vater nach dem Krieg seine Ideale als Politiker verwirklichen wollte. Marion Brasch ist ein bewegender, oft witziger Rückblick auf die Geschichte ihrer Familie gelungen, gleichzeitig erzählt sie ihr eigenes Leben in einem Land, das es heute nicht mehr gibt.
S. FISCHER, 400 Seiten, 20,60 Euro

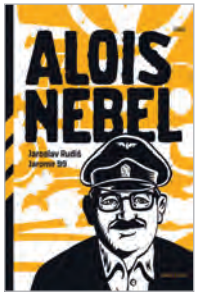
Felicitas Hoppe
HOPPE

Hoppe ist keine Autobiographie, sondern Hoppes Traumbiographie, in der Hoppe von einer anderen Hoppe erzählt: von einer kanadischen Kindheit auf dünnem Eis, von Reisen über das Meer und von einer Flucht nach Amerika. Hoppes Lebens- und Reisebericht wird zum tragikkomischen Künstlerroman, mit dem sie uns durch die Welt und von dort aus wieder zurück in die deutsche Provinz führt.
S. FISCHER, 336 Seiten, 20,60 Euro



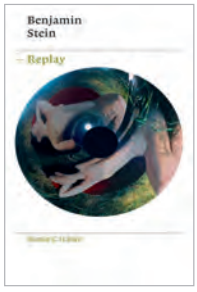
Armistead Maupin
MARY ANN IM HERBST

Viele Freunde und Vertraute aus dem großen Kreis der Stadtgeschichten tauchen in *Mary Ann im Herbst* wieder auf, gealtert zwar, doch bereit, das Leben weiter in all seinen Facetten zu genießen. Und in den Bögen, die Maupin spannt, entfaltet sich immer auch ein Panorama unserer Zeit: Facebook, Skype, die Wirtschaftskrise, all das ist spielerisch und witzig integriert – ein garantiertes Lesevergnügen.
ROWOHLT, 352 Seiten, 20,60 Euro



J. »Jaromir 99« Švejdík / J. Rudiš
ALOIS NEBEL

Eine Graphic Novel aus Tschechien: Alois Nebel arbeitet als Bahnhofswärter in einem abgelegenen Dorf an der tschechisch-polnischen Grenze und sieht Züge aus den vergangenen einhundert Jahren ein- und ausfahren. Sie bergen Geister und Schatten aus der dunklen Vergangenheit Mitteleuropas: die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die russische Besetzung 1968.
VOLAND & QUIST, 360 Seiten, 25,60 Euro



Benjamin Stein
REPLAY

Rosen, ein Software-Experte, war Mitentwickler und erster Träger des UniCom, eines Kommunikationsmittels, das als Implantat weit mehr kann als ein Smartphone – es protokolliert die Sinneswahrnehmungen seines Besitzers und macht das, was wir Realität nennen, in „Replays“ unendlich wiederhol- und veränderbar. Und es macht den Träger total kontrollierbar.
C.H. BECK, 176 Seiten, 18,50 Euro

»Es wird zunehmend anerkannt, dass eine Sparpolitik des öffentlichen Sektors zu einem Zeitpunkt geringer Ausgaben im privaten Sektor Jahre der Stagnation, wenn nicht gar einen weiteren Zusammenbruch garantiert… Also wird sich die Politik ändern müssen. In Europa ist nicht viel zu hoffen.«

ROBERT SKIDELSKY, University of Warwick, August 2011

»Die politischen Führer Europas stehen möglicherweise kurz davor, einen fiskalpolitischen Plan zu vereinbaren, der, wenn er umgesetzt würde, Europa in eine umfassende Depression zwingen könnte.«

MARTIN FELDSTEIN, Harvard University, Jänner 2012

Fiskalpolitik und Bilanzrezession

Robert Skidelsky, Autor einer vielfach preisgekrönten Keynes-Biografie und Mitglied des *House of Lords* in Großbritannien, sowie Martin Feldstein, Professor an der Harvard Universität und Vorsitzender des *Council of Economic Advisers* während der Präsidentschaft Ronald Reagans, repräsentieren höchst unterschiedliche ökonomische Denkrichtungen. Was den Keynesianer Skidelsky und den Monetaristen Feldstein aber verbindet, ist die Sorge, dass die in Europa eingeschlagene Konsolidierungsstrategie eine weitere Rezession heraufbeschwören könnte.

Dass die im Zuge der Finanzkrise angestiegenen Staatsschulden zurückgeführt werden müssen, ist unbestritten. Kritische BeobachterInnen der jüngsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsabläufe der Europäischen Union stellen sich allerdings zwei Fragen: Wie und in welchem Zeitrahmen soll die Konsolidierung erfolgen, damit Wachstum nicht gedämpft wird? Und schließlich eine Frage, die zuletzt auch von Ratingagenturen gestellt wurde: Ist die Orientierung der neuen wirtschaftspolitischen Steuerungsarchitektur der EU auf strenge fiskalische Regeln nicht eher eine Symptomkur? Werden damit die Ursachen der Krise wirksam bekämpft?

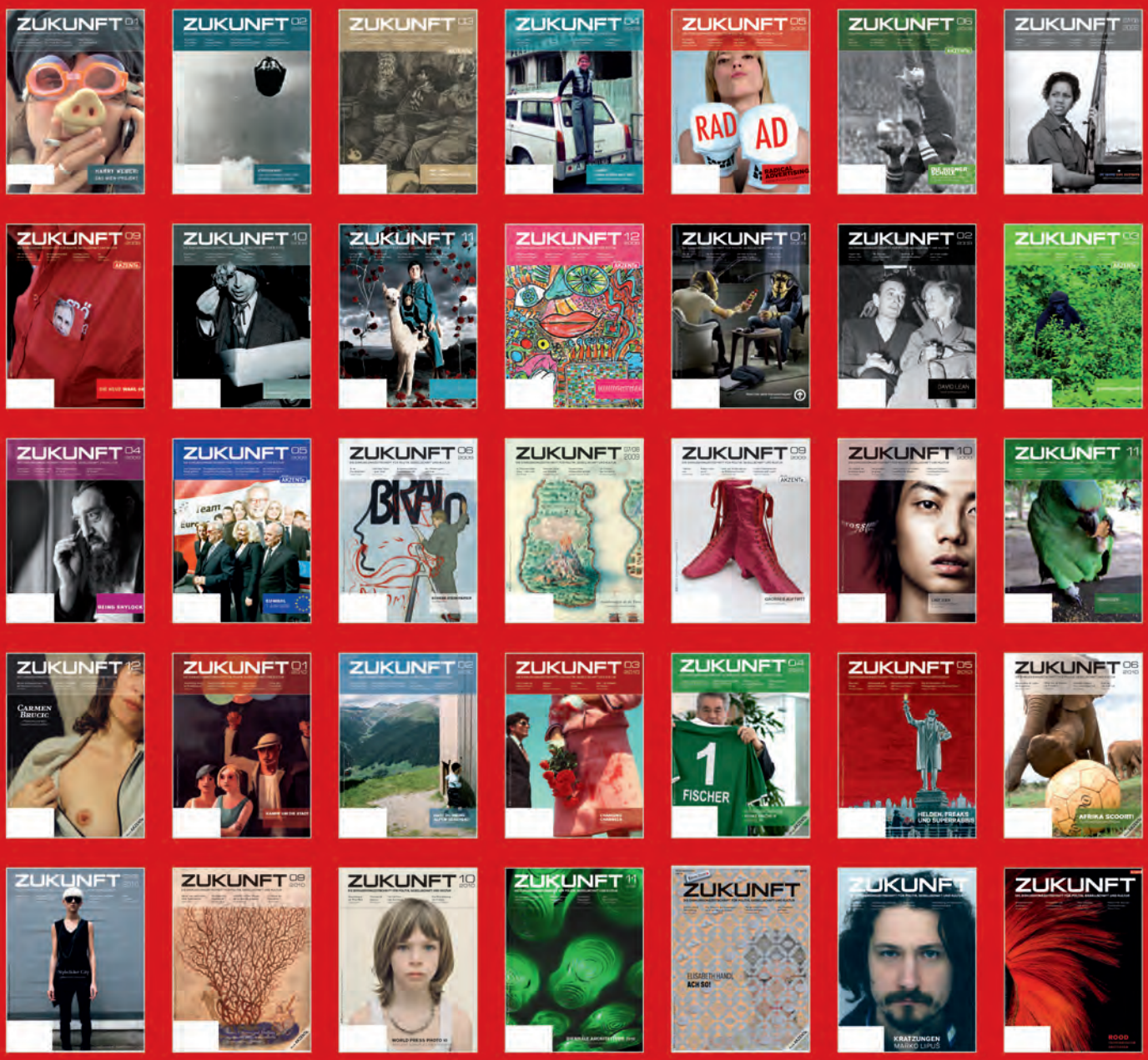
Ein Argument lautet, man könne sich der oft schmerzhaften Sanktionskraft der Finanzmärkte am ehesten entziehen, indem man die Staatsverschuldung dauerhaft reduziert, eine Strategie, die beispielsweise Schweden verfolgt hat. Dieser defensiven Sichtweise stehen zunächst die makroökonomischen Implikationen prozyklisch wirkender Fiskalregeln entgegen. Einer Finanzkrise folgt oft nicht nur eine schwere Rezession, sondern auch eine sich über viele Jahre erstreckende »Bilanzrezession«, wie sie in der großen Wirtschaftskrise der 1930er Jahre in den USA oder im »verlorenen Jahrzehnt« der 1990er Jahre Japans zu beobachten war. Eine Bilanzrezession zeichnet sich dadurch aus, dass im Zuge von Finanzkrisen private Haushalte und Unternehmen ihre Verschuldung reduzieren und Banken ebenfalls mit der Kreditvergabe zurückhaltend sind, weil sie ihre Bilanzen sanieren. In dieser Situation müsste eigentlich die öffentliche Hand den Ausfall der Nachfrage kompensieren, andernfalls ein tiefer Wirtschaftseinbruch droht.

Außerdem nehmen Finanzmärkte eine »schizophrene Haltung« gegenüber Fiskalkonsolidierung ein. Wird letztere angekündigt, reagieren Finanzinvestoren zunächst positiv, kurz darauf strafen sie die Länder wegen des dadurch induzierten Wachstumseinbruchs ab und die Risikoprämien auf Staatsanleihen können sogar steigen. Der Chefökonom des IWF, Olivier Blanchard, plädiert daher für eine substantielle, aber langsame Konsolidierung, die sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten erstreckt (»*slow and steady wins the race*«).

Zahlreiche Beobachter meinen daher, dass die primäre Konzentration auf eine Fiskalunion, die ausschließlich als Disziplinierungsunion zu verstehen ist, letztlich prozyklisch wirken und den Wirtschaftsabschwung verschärfen wird – mit vermutlich weitreichenden sozialen Folgen: Sozialstaatliche Leistungen werden reduziert und Ungleichheiten verstärkt, auch zwischen den Geschlechtern.

In der Fiskalpolitik wird das als überholt geglaubte Paradigma der Neuen Klassischen Makroökonomie, wonach Fiskalpolitik nicht konjunktursteuernd eingesetzt werden soll, reaktiviert. Die von vielen gefeierte Renaissance des Keynesianismus war von kurzer Dauer.

HELENE SCHUBERTH
arbeitet als Ökonomin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle
- ○ ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,– Euro
- ○ ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,– Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail: **Unterschrift:**